Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint dienstags nachm. Bezugspreis im Haus monat. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft Halle, Leuchtenfeldstr. 14. Fernruf 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt: 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 200 M. für Reklame, außerhalb, an den übrigen redaktionellen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 40 Mark | **Dienstag, den 30. Januar 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 25**

Der Parteitag der KPD.

Ansprachen der Vertreter der dritten Internationale — Politischer Bericht der Zentrale

Leipzig, 29. Januar.

Unsere Genossen von der Komintern! Der Parteitag begrüßt sie mit Händeklatschen. Er hört ihre Ansprachen an, nicht mit der braven Andacht vor dem Exotischen, das auf anderen Kongressen den belanglosen Reden der ausländischen Gäste die Würze gibt.

Hier ist etwas anderes. Da ist der alte Kämpe aus der französischen Bewegung. Den durchzittert es, wenn er vor den deutschen Arbeitern spricht. Es ist ihm nicht einerlei, daß er hier steht. Vor den Mosauer Arbeitern hat er auch gesprochen; sie haben ihn in die Luft gehoben; sie haben seiner untrüglich ehrlichen und bewegten Stimme geglaubt.

Die deutschen Arbeiter auf dem Parteitag haben ihn ebenso verstanden.

Und der Italiener! — die deutschen Kommunisten grüßen ihre ausländischen Genossen wie Staffetten von der Front. Die italienischen Kommunisten stehen in einem unerhörten Kampf. Wir fangen schon an, zu begreifen, was der Faszismus heißt.

Der Belgier kommt aus dem Hexenkessel nationalistischer Besoffenheit von der Stelle, wo das schwer arbeitende Proletariat gegen alle Hilfstruppen der Bourgeoisie, gegen Pfaffen und Militarismus und Sozialdemokratie sein Recht auf die soziale Revolution behaupten muß.

Unsere ausländischen Redner sind keine Statisten.

Die Genossen aus der Tschechoslowakei, aus der Schweiz, aus Dänemark kommen zu uns wie aus Distrikten einer einzigen Partei. Sie gehören zu uns — sie richten ihr eigenes Tun ein nach den Erfahrungen in der Gesamtpartei der 3. Internationale. Paraderedner haben wir nicht auf unserem Parteitag.

*

Zweiter Sitzungstag

Genosse **Pieck** eröffnet gegen ½10 Uhr die Tagung. Er macht Vorschläge zu der Wahl der Leitung verschiedener Kommissionen, sowie der Tagesordnung. **Urbahns**-Hamburg, der auch im Namen der Berliner Genossen spricht, schlägt eine andere Liste vor, mit **Geschke** an der Spitze. Der Vorschlag Pieck für die Wahl des Präsidiums findet große Majorität. Es erhalten Stimmen: **Böttcher** (118), **Pieck** (115) als **Vorsitzende**; als Beisitzer **Stolzenburg** (109), **Geschke** (81). Als Vorsitzende wurden gewählt: Pieck, Stolzenburg und Böttcher, als Schriftführer: Kühn, Geske, Schumann und Müller. Auf Antrag Pieck wird die **Tagesordnung** nach Vorschlag der Zentrale angenommen. Sie lautet:

1. Bericht der Zentrale: a) Politischer Bericht, Berichterstatter Ernst Meyer; b) Geschäftsbericht, Berichterstatter Wilhelm Pieck; c) Bericht der Revisionskommission.
2. Berichte vom 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale und vom 2. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Berichterstatter: Klara Zetkin, Fritz Heckert.
3. Einheitsfront und Arbeiter-Regierung. Referent: Heinrich Brandler.
4. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten und unser Kommunalprogramm. Referent Iwan Katz.
5. Erledigung von Anträgen.
6. Wahl der zentralen Körperschaften.

Genosse Pieck begrüßt nun die erschienenen ausländischen Delegierten. Als solche sind erschienen: für die KJ. Genosse Kolarow, für die NGJ. Reinhardt, von der KPJ. Adly, von KPJ. Cobianchi, für die KPTsch. Kreibich, für die Schweiz Bringolf, Dänemark Thögersen und Schweden Linderodt.

Als Vertreter der deutschen Betriebsräte ist Grothe-Berlin, als Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter Maslowski-Essen erschienen.

Die Begrüßungsrede des Vertreters der Exekutive

Hierauf betritt Genosse **Kolarow** als Vertreter der Exekutive unter stürmischer Begrüßung des Parteitages die Tribüne.

Genosse Kolarow führt aus: In Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale begrüße ich den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Kongreß der deutschen Partei tritt zusammen in einem Moment von außerordentlich historischer Bedeutung, in einem Augenblick, in dem um das Schicksal des gesamten europäischen Proletariats gerungen wird. Unter dem Vorwand, die Reparationsleistungen zu erzwingen, hat sich das französische Kapital an der Ruhr festgesetzt. Aber wie gesagt: die **Reparationsleistungen sind nur der Vorwand.** Bezahlen sollen nach wie vor die deutschen Arbeiter, das deutsche Proletariat. Der eigentliche Zweck der Ruhrbesetzung ist die Sicherung der Hegemonie des französischen Kapitals in der Welt.

Es handelt sich um die Möglichkeit, für das französische Kapital die Herrschaft über die deutschen Produktionsquellen zu erringen; es handelt sich um den Kampf der französischen Schwerindustrie mit Stinnes.

Das französische Kapital und der Nationale Block haben alles versucht, um aus der Ruhrbesetzung eine nationale Aktion zu machen. Die französische Kommunistische Partei hat die Situation erfaßt, und das französische Proletariat, das einen Moment zu schwanken schien, steht heute nicht mehr hinter der Politik Poincarés, sondern hat sich auf den Boden der Klassenaktion gestellt.

Auf der anderen Seite will das deutsche Kapital die Ruhrbesetzung zu einer nationalen Aktion machen. Das deutsche Kapital und die deutsche Regierung, die 1919 und 1920 die heroisch kämpfenden Arbeiter des Ruhrreviers niederschossen haben, wagen es jetzt, die deutschen Arbeiter gegen die französischen Arbeiter aufzuhetzen; aber

das deutsche und das französische Proletariat werden sich nicht mehr in einen Krieg treiben lassen.

Aber selbst die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen den Kapitalistengruppen beider Länder kann das Bündnis zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat nur noch enger knüpfen, denn auch dann werden die Arbeiterklassen beider Länder erkennen, daß es gilt, gemeinsam den Kampf gegen die gemeinsamen Ausbeuter zu führen.

Die Kommunistische Internationale ist keine Internationale der Phrase, sondern eine Internationale der Tat und der Aktion. Und noch eines bildet einen grundlegenden Unterschied zwischen der Situation von 1914 und der von 1923, das ist, daß heute mitten in der kapitalistischen Welt ein proletarischer Staat gestellt ist, das ist

die Existenz Sowjet-Rußlands und der Roten Armee.

Und dieses große mächtige Land und diese Rote Armee, die erprobt ist im Kampf gegen die Konterrevolution, stehen zur Disposition der Kommunistischen Internationale; sie stehen treu zu der Sache der Weltrevolution, sie sind die Weltsetzung der Revolution. Unsere Aufgabe ist es, über die Ereignisse zu wachen, die Massen zum proletarischen Bewußtsein zu erwecken, die Kämpfe zu organisieren und die letzte Schlacht vorzubereiten, die nur mit dem vollkommenen Sieg des Weltproletariats enden kann.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, die auf vorgeschobenem Posten steht! Es lebe das tapfere deutsche Proletariat! Es lebe die 3. Internationale! Es lebe das Weltproletariat. (Stürmischer Beifall.)

Begeistert begrüßt vom Parteitag betritt

Gen. Adly als Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs

das Podium. Die Versammlung singt stehend die „Internationale".

Genosse Adly dankt im Namen der französischen Partei für die Aufnahme, die ihm der Parteitag bereitet hat. Er erklärte, daß es nur unter großen Schwierigkeiten für die KPF. möglich gewesen sei, einen Vertreter zum Parteitag zu entsenden, daß sie es aber gerade darum für um so notwendiger gehalten habe, ihre vollständige Solidarität mit der deutschen Partei zu bekunden. Gen. Adly geht auf die Lage der KPF. ein.

Die Aktion des französischen Militarismus ist nicht beendigt. Das Proletariat auf beiden Seiten des Rheins aber muß sich organisieren zur Abwehr. Wenn Frankreich seine Truppen mobilisiert, so wird das für das französische Proletariat die Parole sein, daß eine revolutionäre Situation geschaffen ist. 1914 kehrt nicht wieder. Wir haben volles Vertrauen zur deutschen Partei und zum deutschen Proletariat; wir haben volles Vertrauen zum Weltproletariat und zur 3. Internationale, daß sie den Kampf siegreich durchführen werden bis zur Befreiung des Weltproletariats!

Genosse **Reinhardt** als Vertreter der **Roten Gewerkschafts-Internationale** begrüßt den Parteitag und zugleich die revolutionären Betriebsräte und die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.

Stürmisch begrüßt betritt Genosse **Cobianchi als Vertreter der KP. Italiens** das Podium. Im Namen der KPJ., die der Diktatur eines Mussolinis ausgeliefert ist, begrüßt Gen. Cobianchi den Parteitag. Wenn vielleicht manche Genossen das Gefühl haben mögen, daß die italienische Bewegung unter dem Druck des Faszismus zerschlagen sei, so mögen sie aus der Tatsache der Delegation entnehmen, daß die KPJ. nicht kapituliert hat, daß die Bewegung lebt und kämpft.

Genosse **Kreibich**, Vertreter der **KP. der Tschechoslowakei**, erklärt, daß in der Tschechoslowakei infolge des Ruhreinfalles gedrückte Stimmung herrsche. Nur das Finanzkapital, das mit dem französischen Schwerkapital verbunden sei, und die Großagrarier seien von dem Vormarsch der Franzosen begeistert. Nur in einer Beziehung herrsche Lebendigkeit: in der Hetze gegen die Kommunisten.

Genosse Pieck gibt noch einigen ausländischen Genossen das Wort zur Begrüßungsrede. Anschließend erheben sich die Delegierten zur Erinnerung an den Todestag Franz Mehrings.

Genosse Grothe vom Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte dankt im Auftrage des Reichsausschusses für die zahlreichen Unterstützungen der Bewegung durch die Kommunistische Partei.

Genosse Pieck teilt mit, daß bei der Wahl zur Ortsverwaltung Essen der Metallarbeiter die kommunistische Liste eine Mehrheit erhalten habe. Das Resultat wird mit Beifall aufgenommen.

Genosse **Meyer** von der Zentrale erhält nun das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Politischer Bericht der Zentrale

Mir scheint, daß auf diesem Parteitag gründlich eingegangen werden muß auf die Erfahrungen der Vergangenheit. Trotz der größten Anstrengungen ist der Kapitalismus nicht in der Lage, eine grundlegende Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges ist heute dadurch unmittelbar herangereift. Aus der allgemeinen Wirrnis hebt sich immer fester und stärker heraus: Sowjet-Rußland. Rußland ist heute gesichterter denn je.

Die Sozialdemokraten und die Vertreter des Kleinbürgertums haben die Regierung in Deutschland verlassen müssen zugunsten der Schwerkapitalsvertreter. Die „demokratischen" Rechte der Arbeiter wurden mehr und mehr zurückgedrängt. Die Geheimverbände in Deutschland stehen unmittelbar in Verbindung mit der großkapitalistischen Regierung.

Wir müssen uns fragen, wie es kommt, daß die Elemente, die in der Vergangenheit seit 1918 mit den Arbeiterparteien sympathisierten, **heute im Lager der Nationalsozialisten stehen.** Das hängt damit zusammen, daß die Sozialdemokratie es nicht verstanden hat, das Vertrauen, das ihr entgegengebracht wurde, zu benutzen für die proletarische Klasse. Die Sozialdemokratie ist deshalb mitschuldig an den heutigen Verhältnissen.

Auch in Italien war der Faszismus nur möglich, weil die Sozialdemokratie gegenüber den sozialen Nöten vollständig tatenlos blieb. Wenn die KPD. nicht in dasselbe Schicksal verfallen will, wie die Sozialdemokratie, dann muß sie den Kampf für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten aufnehmen! (Beifall.) Was den breiten Volksschichten bis tief hinein in das Bürgertum nicht durch Wucherei genommen wird, das holen fortgesetzt erhöhte Steuern. Die Gewerkschaftsbureaukratie versagt im Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten. Leider muß konstatiert werden, daß ein großer Teil des Proletariats durch die **reformistische Ideologie** dazu hilft, den Kampfwillen zu zerbrechen. Das Kapital fordert bewußt die Zersplitterung in der Arbeiterschaft. Eine Arbeiteraristokratie bekommt einige Brocken, sie verhält sich daher ruhig, sie geht mit den Kapitalisten. Die USPD. hat sich mit ihrem Manöver, die SPD. aus der Koalition herauszubringen, selbst in die **Koalition** hineinmanövriert. Die Vereinigung der SPD. und USPD. hat dem Gebilde keine Stärke gebracht, das Hinübergehen der USPD. brachte Zersetzung. Die SPD. verstärkt nun durch die USPD., treibt **bewußt bürgerlich-demokratische Politik**, angeblich weil man damit am besten den Interessen des Proletariats dient. Aus Anlaß der Ermordung Erzbergers und Rathenaus zeigte sich in der politischen Auseinandersetzung, daß die Sozialdemokratie Anspruch darauf erhebt, die sicherste Vertreterin der bürgerlich-republikanischen Demokratie zu sein. Damit wurde sie gefangen. Die Bourgeoisie stellte sich scheinbar ebenfalls auf den Boden der bürgerlichen Demokratie, forderte Maßnahmen gegen gewaltsame Aenderung der Verfassung; alle solche Maßnahmen **richten sich aber nur gegen das Proletariat.** In Preußen sitzen in den wichtigsten Aemtern ehemalige Kapp-Leute. Die jetzige **Opposition der SPD. gegen das Cuno-Kabinett** ist nur eine Maskierung der Bereitschaft der Sozialdemokratie, das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft zu unterstützen. Aber in den Kreisen der Mitgliedschaften meldet sich die **Opposition** an. Vorläufig ist sie noch schüchtern, aber wird sind überzeugt, die Massen werden aus der Situation lernen und zurückkommen. Auch in den **Gewerkschaften** zeigt sich eine wachsende Opposition gegen die Politik der Bureaukratie. Schon in Leipzig konnte die kommunistische Fraktion, obwohl sie numerisch schwach war, bereits erhebliche kommunistische Erfolge erzielen. Wir sind für die **Einheit der Gewerkschaften.** Heute ist die KPD. nicht nur die einzige Partei, die den Kampf um den Sozialismus und Kommunismus führt, sondern auch die einzige, die ernsthaft die Tageskämpfe führt. Das hat sich insbesondere beim Ludwigshafener Streik gezeigt.

Das Vertrauen zur Taktik unserer Partei muß errungen werden, und sie hat dabei auch gegen Strömungen im eigenen Lager zu kämpfen. In Jena tauchte die Meinung auf, daß die Beschlüsse des 3. Kongresses eine gewisse opportunistische Gefahr bedeuten. Wir können heute sagen, daß die Beschlüsse des 3. Kongresses die Voraussetzung für die Ueberwindung der opportunistischen Gefahr gewesen sind. (Zurufe: Hört! Hört!) Der 4. Kongreß hat mit Recht alle diese Beschlüsse bestätigt.

Die **KAG.** ist entstanden durch eine falsche Einschätzung der politischen Situation von seiten einer Reihe Genossen, insbesondere durch Ueberschätzung der Erholungsmomente des Kapitalismus. Daraus erfolgten falsche Beschlüsse von seiten dieser Genossen, die in ihrer Konsequenz zur Liquidierung der Partei hätten führen müssen. Wir können heute konstatieren, daß unsere Taktik die richtige war, und daß eine ganze Reihe von Unterzeichnern der Flugblätter der KAG. heute zu den zuverlässigsten und verantwortlichsten Genossen der Partei gehören.

Die neue Taktik wurde von uns nicht ohne Fehler und Uebertreibungen in die Praxis umgesetzt. Gelegentlich der **Ermordung Erzbergers** wurde der Kampf um die Einheitsfront noch recht unbeholfen geführt. Wo es sich um die **Vereinigung der Lohnkämpfe** handelte, war die Taktik der Partei nicht immer frei von einer gewissen Schematisierung. In bezug auf die **Steuerfragen** wurden nicht nur in Jena ungenügende Beschlüsse gefaßt; vielfach traten auch noch Genossen gegen die Erfassung der Sachwerte auf. Die Berliner Organisation erhob gelegentlich die halbsyndikalistische Forderung der Erfassung der Sachwerte durch die Betriebe. Diese Schwierigkeiten sind heute alle überwunden. Doch es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einer neuen konkreten Situation neue Schwierigkeiten entstehen. Wenn auch die **Frage der Arbeiter-Regierung** einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildet, so sei auch an dieser Stelle hervorgehoben, daß in dieser Beziehung noch starke Differenzen bestehen, was sich auch in den dem Parteitag vorliegenden Resolutionen zeigt. Es ist zu hoffen, daß der Parteitag in dieser Frage völlige Klarheit schafft.

Die Haltung der Partei gelegentlich des **Eisenbahnerstreiks** wurde von manchen Genossen als musterhaft bezeichnet. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß die Partei damals unter bestimmten günstigen Vorbedingungen arbeitete; sie hatte nur die Aufgabe, die Solidarität für die Streikenden zu bekunden und die Verbreiterung der Kampffront zu propagieren.

Die **gemeinsamen Demonstrationen am 1. Mai** führten nicht zu größeren Erörterungen innerhalb der Partei. Damals war die Situation verhältnismäßig einfach. Größere Schwierigkeiten ergaben sich anläßlich der **Rathenau-Kampagne.** Die Frage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0001

wurde damals von seiten einer Reihe von Genossen so gestellt, ob der ADGB., die SPD. und die USPD. bereit sind, legendarische Kämpfe zu führen. Diese Frage wurde z. B. von Hamburg verneint und damit die Ablehnung der Einheitsfront begründet. Wir sagen dagegen: Die KPD. muß einen Druck durch die Mobilisierung der Massen ausüben auf die Führung des ADGB. und der SPD. und sie in den Kampf zwingen. Die Auffassung, daß es gälte, durch weitgehende Forderungen den Kampfwillen dieser Parteien zu erproben, ist falsch; gerade dann, wenn wir uns auf bereits aufgestellte Forderungen beschränken, gelingt es uns am besten, die menschewistischen Parteien zu entlarven.

Nachmittagssitzung

Fortsetzung des Referats des Genossen Meyer: Die KPD. wird mehr und mehr zum Scheidewasser innerhalb des Proletariats. Unsere Aufgabe ist heute durchaus nicht nur mehr propagandistischer Natur, sie heißt, die unmittelbare Teilnahme an den Kämpfen des Proletariats vorzubereiten und die Führung in ihnen zu übernehmen. Das wichtigste Kampfmittel hierbei kann die Arbeiter-Regierung werden. Wir können konstatieren, daß die Beurteilung der Frage der Teilnahme an der Arbeiter-Regierung innerhalb der Partei bei dem Jenaer Parteitag sich wesentlich verschoben hat. Waren damals die Parteigenossen in ihrer überwiegenden Mehrheit noch gegen die Teilnahme von Kommunisten an einer Arbeiterregierung, so ist heute die Mehrheit für eine solche. Wir geben zu, daß die Teilnahme von Kommunisten an der Arbeiter-Regierung Gefahren und Möglichkeiten von Fehlern in sich birgt; teilweise aber besteht in unseren Reihen die Sucht, Fehler zu konstruieren, die Gefahren zu übertreiben oder sie an falschen Stellen zu suchen. Die Verhandlungen mit Spitzenorganisationen sind notwendig, weil ein Teil der Anhänger der USPD. und der Angehörigen des ADGB. immer noch nicht überzeugt ist, daß die eigene Organisation nicht bereit ist zu kämpfen. Wir verhandeln mit den übrigen Arbeiterorganisationen, aber nicht nur, um sie zu entlarven, sondern auch, um gemeinsame Kämpfe herbeizuführen.

Die Reichsbetriebsrätebewegung

wäre in diesem Umfang nicht möglich gewesen ohne die Taktik der Partei während der Kapenaufkampagne. Die Betriebsrätebewegung ist ein Symptom, daß der Rätegedanke im deutschen Proletariat nicht eingeschlafen ist. Die Ziele waren die Kontrolle der Preise und Kontrolle der Produktion durch die Organe der Arbeiterschaft. Die Betriebsrätebewegung hätte noch viel größere Erfolge gehabt, wenn wir stärkere Stützpunkte in den Gewerkschaften und Betrieben gehabt hätten. Gegen die Durchführung der Betriebsrätebewegung bestanden Bedenken bei einem Teil unserer Parteigenossen, die nur als Reste der alten sozialdemokratischen Einstellung anzusprechen sind, und es ist gut, daß die Partei mit den Trägern dieser Bedenken rücksichtslos aufgeräumt hat. Eine weitere Schwäche der Partei ist es, daß es ihr an der genügenden Zähigkeit mangelt, um eine einmal aufgenommene Kampagne vollkommen durchzuführen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist die Erfassung und Organisierung der Sympathisierenden. Die Folge der Gewinnung von Sympathisierenden hängt eng zusammen mit jener der Schulung unserer Parteigenossen durch Bildungsarbeit. Dies ist ein Gebiet, dem wir bisher zu wenig Aufmerksamkeit zugewandt haben.

Zur augenblicklichen politischen Situation übergehend, erklärt Genosse Meyer, daß es sich bei der Besetzung des Ruhrgebietes gezeigt hat, daß die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die die Interessen des Proletariats vertritt. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß der Ruhrkonflikt provoziert worden ist durch den Hochverrat der Cuno- und der hinter ihnen stehenden nationalistischen Parteien. Wir wissen, daß Stinnes zur Verständigung mit der französischen Schwerindustrie bereit war, wir kennen die Uebereinstimmung zwischen dem Stinnesprogramm und dem Poincarés.

Die nationalistische Hetze ist nur die Kulisse für die neuen Verständigungsversuche.

Es besteht die Gefahr, daß die Zuspitzung der Situation ihren Urhebern über den Kopf wächst. Ein neuer Krieg würde auf Widerstand bis in die Kreise des Kleinbürgertums stoßen. Die Politik Cunos birgt im Keim die separatistische Gefahr. Das Mittel des Faszismus hat sich als unbrauchbar erwiesen. Das provokatorische Treiben der Hitlergarden läßt auf ein Zusammenarbeiten Hitlers mit Poincaré schließen.

Die deutsche Arbeiterschaft darf den Kampf nicht nur gegen Poincaré richten, ihr Kampf muß in erster Linie gegen das deutsche Kapital gerichtet sein. Ganz ebenso hat die KPD. Frankreichs den Kampf gegen Poincaré aufgenommen.

Unter der nationalistischen Phrase vollzieht sich die Vereinigung der legalen und der illegalen Konterrevolution.

Es ist Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft zur Gegenaktion schreitet!!

Der Selbstschutz des deutschen Proletariats wird zur dringenden Aufgabe der Stunde. Das darf heute keine propagandistische Parole mehr sein, es muß zum Faktum werden, wenn das deutsche Proletariat nicht das Schicksal des italienischen Proletariats erleben will.

Wir wollen keine Rückkehr zu den Spielereien, wie sie zeitweise im Spartakusbund und in der USPD. üblich waren. Wir müssen aber unbedingt zu einem **Selbstschutz und Ordnerdienst in den Betrieben kommen**, der die Abwehr von Angriffen übernimmt.

National-sozialistische Versammlungen darf die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr dulden.

In der kritischen Situation, in der wir stehen, verlangt die USPD. vollkommen. Das deutsche Proletariat ist bereit zu kämpfen. Die KPD. darf heute nicht mehr nur die Partei der Idee und der Propaganda sein, sie muß den Kampf für die Durchsetzung ihrer Ziele führen. Gehärtet durch die Schläge, die sie erlitten, gestählt durch die Erfahrungen von viereinhalb Revolutionsjahren, hat sie die historische Aufgabe, die Führung zu übernehmen im Kampf um die Befreiung des deutschen Proletariats, im Kampf **um die Weltrevolution!**

Wachsende Stärke der KPD.

Daraufhin erstattet Genosse Pieck den Geschäftsbericht. (Vgl. dazu den Leitartikel vom Sonnabend: „Von Jena bis Leipzig".)

Anschließend nimmt Genosse Pieck das Wort zu den verschiedenen vorliegenden organisatorischen Anträgen; zum Teil empfiehlt er sie zur Annahme, andere bezeichnet er als unannehmbar. Die volle Zustimmung des Parteitages fand Genosse Pieck mit der Konstatierung, daß die KPD. zwar von der Entwicklung der Verhältnisse begünstigt, zweifellos aber auch infolge ihrer Taktik sehr stark zugenommen habe. Die Stärkung der Partei komme in den Zahlen des Geschäftsberichtes nicht voll zur Darstellung, besonders in den letzten Wochen sei die Partei weiter numerisch erstarkt. Viel größer aber sei die moralische Eroberung, die die Partei in den Kreisen der bisher Indifferenten und in den Kreisen der bisher reformistisch eingestellten Arbeiter gefunden habe. Der Kreis der Sympathisierenden habe sich ganz gewaltig erweitert. Andererseits habe die Sozialdemokratie mächtig an Vertrauen, an Einfluß, aber auch an Mitgliedern verloren. Die Vereinigung mit der USPD. habe sich nicht als ein politischer Faktor für die Arbeiterbewegung, sondern als ein Moment der Zersetzung innerhalb der Reformistenpartei erwiesen. Gerade die Taktik der Partei, daß sie anknüpfe an die sozialen Nöte, und ihnen praktisch beweise, daß die Hoffnung, durch Demokratie und Reformismus, mit Vertrauen auf eine bürgerliche Regierung, mit oder ohne Sozialdemokraten, vollständig auf Illusionen beruht, hat große Massen, die uns bisher fernstanden, der Partei nahegebracht. Mehr und mehr empfinden die Proletarier, daß sie nur in der Einheitsfront, die von der KPD. gefordert wird, sich der Feinde erwehren können. Die bisher eingehaltene Linie der Partei wird von den Genossen konsequent weiter beachtet werden. Weitere Erfolge sind der Partei dann gewiß! (Großer Beifall.)

Genosse Stoecker (Berlin) als Mitglied der Revisionskommission empfiehlt Entlastung. Kasse und Abrechnungen seien vollständig in Ordnung. Der Verlag der Viva mache Fortschritte. Unbedingt zu beachten sei aber, in der Zukunft besser mit den Beiträgen und mit den Literaturrechnungen Ausgleich zu schaffen; Zahlungen müssen pünktlich erfolgen.

Abends findet geschlossene Sitzung statt. Daher Schluß der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

Die Aussichten des Kampfes an der Ruhr

Darüber läßt sich R. Fuchs in einem längeren Artikel in der „Roten Fahne" aus, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Die deutschen bürgerlichen Parteien trösten sich damit, daß Poincaré von der Ruhr kein Gold holen kann. Sie prophezeien den schnellen Zusammenbruch seiner Aktion. Ihre Prophezeiungen sind sehr zweifelhafter Natur. Es ist klar, daß die größeren Schwierigkeiten am Anfang einer Besetzung vorliegen. Es existiert kein Apparat. Man muß erst die Situation, das Kräfteverhältnis, die Stimmungen kennen lernen. Daß die französischen Okkupationsbehörden bisher einem gewaltigen Zusammenstoß mit den Bergarbeitermassen ausgewichen sind, ist schon ein großer Erfolg. Die einsetzenden Streiks können sie einstweilen mit Ruhe ansehen. Die Stimmung der belgischen Einwohner gegenüber den Deutschen während des Krieges war ganz gewiß nicht besser als die Stimmung der deutschen Bergarbeiter gegenüber den französischen imperialistischen Truppen. Und trotzdem sind die deutschen Besatzungsheere jahrelang im Lande geblieben. Aber wird Poincaré Kohle im Ruhrgebiet holen? Ja, er wird sie holen. Die Arbeiter können nicht endlos streiken. Die deutsche Bourgeoisie wird ihnen dazu ganz gewiß keine Mittel geben und geben können. Die Franzosen werden sicherlich zum Teil das Kohlengebiet ruinieren, aber sie werden die Reparationskohle sich holen, und wenn weniger übrig bleibt für das unbesetzte Gebiet, so werden nicht sie den Schaden haben. Ja, aber wer wird die Arbeitslosen bezahlen, fragt die bürgerliche Presse? Nun, die Kohlenkrisis in Deutschland wird auch eine große Arbeitslosigkeit im unbesetzten Gebiet schaffen und der katastrophale Sturz der Mark wird auch die jetzt schon schwere Lage der deutschen Arbeiter nicht bessern. Wenn die Verlängerung des Kampfes den Franzosen große Schwierigkeiten bereiten wird, so nicht minder der deutschen Bourgeoisie. Wenn in Frankreich ein Druck der Massen auf die Regierung zu erwarten ist, so können nur ahnungslose Menschen oder, die so tun, als ob sie ahnungslos wären, behaupten, daß die nächsten Monate in Deutschland ein Liebesverhältnis zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterschaft bringen werden. Die deutsche kapitalistische Presse arbeitet viel mit den Appellen an das Weltgewissen und an den lieben Herrgott. Der liebe Herrgott schaute der Wirtschaft der Stinnes und Thyssen in Belgien zu, der Beseler in Polen und er donnerte nicht. Er ließ die Dinge ihren Gang gehen.

Aber werden England und Amerika nicht genötigt sein, aus eigenen Interessen einzugreifen? Ja, sie werden genötigt sein, es zu tun. Aber sie werden eingreifen nicht für den Schwächeren, sondern für den Stärkeren. Wenn die französischen Imperialisten durchhalten, so kann England nicht zulassen, daß sie im Ruhrgebiet allein bleiben. Da England keine Machtmittel hat, sie aus dem Ruhrgebiet herauszuwerfen, wird es sich als Vermittler anbieten und selbst einen Anteil am Eisen- und Kohlensyndikat fordern. Herr D'Abernon wird dann der deutschen Regierung mit süßer Stimme erklären, dies geschehe nur, um Deutschland von der Erdrosselung durch Frankreich zu retten. Was Amerika anbetrifft, so darf man trotz allen Geredes gegen die Ruinierung Europas durch Frankreich, trotz aller Philippiken des braven Senators Borah nicht vergessen, daß Amerika jetzt im Kampfe mit England steht in den Fragen, ob England in Ostasien mit Amerika geht oder Neutralität nimmt, die sich im entscheidenden Momente auch gegen Amerika wenden kann. Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik beginnt auch der Gedanke an Kraft zuzunehmen, daß es gut wäre, England die dem Panamakanal vorgelagerten englischen Inseln abzulaufen. Es ist unklar, inwieweit diese Bestrebungen schon eine feste Form angenommen haben, ob sie die Verhandlungen, die der englische Finanzminister Baldwin über die Abzahlung der englischen Schulden an Amerika führte, beeinflußt haben. Jedenfalls ist eins klar: daß Amerika, solange es nicht weiß, ob es mit England kooperieren oder konkurrieren wird, nicht bereit sein wird, Frankreich, den eventuell stärksten Feind Englands in Europa, zu brüskieren. Somit wird der Kampf an der Ruhr entschieden durch das Kräfteverhältnis der deutschen und französischen Bourgeoisie, durch das Verhältnis ihrer gegenseitigen Finanzen, Organisationsmöglichkeiten, Wirtschaftskräfte und durch die Frage, inwieweit die deutsche Bourgeoisie auf der einen und die französische auf der anderen Seite über ihre Volksmassen verfügen können, und damit rollt die Frage des Kampfes an der Ruhr, die wir bisher als die Frage der Strategie der Bourgeoisie behandelt haben, als die Frage der Strategie des Proletariats auf. Sie rollt die Frage von den revolutionären Konsequenzen der Lage und den revolutionären Pflichten der Arbeiterklasse auf."

* * *

In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" bemerkt der x.-Mitarbeiter zum Ruhr-Konflikt:

„Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich bestätigt die Richtigkeit der Luxemburgischen Akkumulationstheorie. Frankreichs Besetzung des Ruhrgebiets zerstört den Wahn, als ob es eine Oekonomie an sich gäbe, die es ermöglicht, daß kapitalistische Staaten in wirtschaftlichen Vereinbarungen ihre politischen Gegensätze aufgeben könnten. Wir halten deswegen die Formulierung, daß es beim Kampfe zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie nur um die 10 Prozent gehe, für zumindest irreführend — mag auch die agitatorische Wirkung dieser Phrase bedeutend sein. Denn sehen wir das Problem in den 10 Prozent, dann drücken wir zugleich aus, daß eine Verständigung zu 50 Prozent Beteiligung möglich wäre. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt nur eine politische Oekonomie unter kapitalistischen Staaten. Zudem ist die wirtschaftliche Sicherung der französischen Politik der Untergang der deutschen Wirtschaft. Gibt das kapitalistische Deutschland seine Wirtschaft preis, dann hat es zugleich seine Politik aufgegeben. Darum ist eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich, was selbstverständlich eine vorübergehende Ruhepause nicht ausschließt."

Verschärfter Ausnahmezustand im Ruhrgebiet

Essen, 30. Januar.

General Degoutte hat in einer neuen Verordnung den verschärften Belagerungszustand über das ganze Ruhrgebiet verhängt. Nach der Ordnung ist der Verkehr von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens auf den Straßen mit Ausnahmen, die der Kommandant zu genehmigen hat, verboten.

Die französischen Militärbehörden bestimmten, daß aus dem Ruhrgebiet alle Beamten auszuweisen sind, die es ablehnen, den französischen Befehlen zu gehorchen. — Zum Aufsichtsbeamten für den ganzen Postbetrieb im Ruhrgebiet wurde der französische Beamte Brally ernannt. Als Sanktion für die deutsche Ablehnung, den Franzosen Telephonverbindungen herzustellen, ließ er den ganzen Betrieb auf eine Stunde unterbrechen mit der Bestimmung, daß bei jeder nachfolgenden Dienstverweigerung die Strafe erhöht werde. — Laut „Allgemeen Handelsblad" ist wegen der völligen Unordnung im Eisenbahnverkehr von Holland nach dem Rheinland ein Flugdienst Amsterdam—Rotterdam—Köln für Passagier-, Post- und Güterbeförderung geplant.

Dollar heute vorm. 41 500 Mark.

Das Billionengeschäft der Ruhrbesetzung

Das Geschäft, das die Kapitalisten durch die Ruhrbesetzung machen, ist nicht mehr ein Milliardengeschäft zu nennen, es ist ein Billionengeschäft geworden. Der Dollar, der am Sonnabend auf 30 000 kletterte, stieg im Laufe des gestrigen Tages weiter auf 35 000. In einem Tage ist die erste Hälfte des nächsten Zehntausenders erreicht worden.

Mit dem Dollar und in einem noch schnelleren Tempo steigen die Wertpapiere an der Börse. Steigerungen um **50 000 Prozent**, also um **eine halbe Million für eine Aktie**, waren keine Seltenheit. Verschiedene Aktien **verdoppelten** ihre Kurse. Kaufanträge über Kaufanträge liegen vor. Es ist unmöglich, alle Aufträge zu befriedigen. Am gestrigen Tage war der Kaufantrag so groß wie an keinem anderen Börsentag je zuvor, trotzdem die letzten 14 Tage an Börsenbesuch nichts zu wünschen übrig ließen. Die weltbeutschen Montanpapiere machen die ungeheuren Kurssteigerungen nicht mit mit, sondern steigen noch weit höher als der Durchschnitt der anderen Industriepapiere. Zu einem Teil sind diese ungeheuren Kurssteigerungen darauf zurückzuführen, daß durch die schwerindustriellen die Aktien der deutschen Montangesellschaften aufkaufen, sich so in den Besitz der Aktien-Majorität oder einer starken Minorität in den einzelnen Gesellschaften setzen.

Während die Börse Orgien feiert, geht der Wucher bei allen Waren und auf allen Märkten weiter. Unendlich ist die Liste der verschiedenen Industriewaren, die, der Kohlenpreiserhöhung und der Markentwertung folgend, hinaufgesetzt werden. Heute wird über eine neue Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen, ab gestern sind die Zementpreise von neuem stark erhöht.

Die Lebensmittelpreise steigen wieder mit von Tag zu Tag.

Am gestrigen Tage allein verteuerte sich 1 Pfund Rindfleisch um 100 Mk., 1 Pfund Schweinefleisch um 200 Mk., 1 Pfund Butter um 200 Mk., 1 Pfund Margarine um 100 Mk., 1 Pfund Schweineschmalz um 200 Mk.

Die Volksausplünderer überlassen es sich gegenseitig, den Wucher zu beenden. „Die Zeit", das Organ der Stinnespartei, der Partei der größten Wucherer, Volksausplünderer und Volksbetrüger, fordert die Landwirte auf, Getreide und Kartoffeln billiger abzugeben. Gleichzeitig aber denken die Zechen- und Schlotbarone nur daran, ihre Preise weiter zu verdoppeln und zu verdreifachen. Genau dasselbe machen die Agrarier. An der Produktenbörse haben sich innerhalb der letzten Tage alle Preise mindestens verdoppelt. Die Agrarier wollen hinter dem Beispiel der Industriekapitalisten nicht zurückstehen und helfen weidlich, das Volk auszuplündern, sie überlassen ihrerseits den Kohlenbaronen, die Kohle „billiger" zu liefern.

Mit diesem Wucher kann durch gegenseitige Mäßigkeitsempfehlungen kein Ende gemacht werden, sondern nur dann, wenn die Arbeiter den Kampf um die Kontrolle der Produktion und der Preisbildung verschärft und mit aller Energie durchführen.

Die Betriebsräte und die Kontrollausschüsse müssen mit verdoppelter Energie ans Werk gehen.

Der bayrische Faszistenrummel

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 30. Januar.

Im Hauptausschuß des Reichstages brachte am Montagnachmittag Müller von der USPD. die Münchener Vorgänge zur Sprache. Der Minister des Innern, Oeser, erklärte, daß er amtlich noch keine Kenntnis von den Vorgängen habe, die bayrische Regierung habe noch nicht einmal ihre Belagerungszustandsverordnung der Reichsregierung zugehen lassen. Im übrigen suchte er die Dinge so harmlos wie möglich hinzustellen. Die bayrische Regierung habe mit Hitler lediglich verhandelt, um blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Die Werbungen für die Reichswehr verurteile die Regierung und werde sie verhindern. Woher die Geldmittel stammen für die großen nationalistischen Trupps habe die Polizei noch nicht entdecken können.

Helfferich verteidigte die nationalistischen Treibereien und verlangt, daß die Regierung gegen die Kommunisten vorgehe. Die „Rote Fahne" fordere fortgesetzt zu Gewaltanwendungen auf.

Genosse Eichhorn nahm Gelegenheit, dem Minister und einem bayrischen Regierungsvertreter, der in dasselbe Horn geblasen, zu sagen, daß die Reichsregierung durch ihre Haltung die bayrischen Faszisten unterstütze. Der erste Schritt auf dieser Bahn sei gemacht worden mit dem Zurückweichen in der Frage des Schutzes der Republik. Jetzt zeigten sich die Folgen. Man habe Hitler zu Gefallen legale Versammlungen der Arbeiter verboten, die Werbungen im Reiche seien nur eine Wiederholung der Bildung von Freiwilligenkorps und Landsknechtshaufen, wie 1919 gegen die revolutionäre Bewegung. Das Reichsziel dieser Angeworbenen sei, wie der Minister selbst zugeben mußte, München gewesen. Es handele sich also ganz offenbar um eine groß angelegte Aktion der deutschen Faszisten. Die Bemerkungen Helfferichs bestätigen das: er fordert Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten, um die Bahn freizumachen für den faszistischen Sturm.

Minister Oeser suchte demgegenüber noch einmal die Sache als harmlos hinzustellen und Müller von der USPD. benutzt die Gelegenheit, einige Ausfälle auf die Kommunistische Partei zu machen, deren Verhalten in der Zeit der bayrischen Räterei in Parallele zu stellen sei mit der Hitlerschen Bewegung. Damit war für den Hauptausschuß die Sache erledigt. Die Fortsetzung wird im Plenum des Reichstages zu folgen haben.

Kriegsgefahr im Orient!

Die Alliierten haben ihr „Friedensultimatum" in Lausanne der türkischen Delegation überreicht, doch glaubt niemand mehr an seine Annahme. Die Beratungen werden demnach ergebnislos abgebrochen.

Aus Angora verlautet, daß bei Eingang der letzten Nachrichten aus Lausanne der Ministerrat zusammengetreten sei. Es sei beschlossen worden, eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung einzuberufen.

Der „Times" (englisches Regierungsorgan!) **zufolge wird in offiziellen Kreisen Angoras erklärt, daß, falls die englische Delegation nicht im letzten Augenblick noch ihren Entschluß ändern würde, eine Erklärung erlassen werden würde, um der Welt die wahre Lage der Türkei darzustellen. Ismet Pascha selbst würde Lausanne verlassen und die türkische Armee aus Mossul marschieren. In politischen Kreisen Konstantinopels hat man fast alle Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der Lausanner Konferenz aufgegeben, so daß ein Krieg wird kaum vermieden werden können.**

Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Toulon ist dort von den Marinebehörden Befehl eingelaufen, daß sich ein Kreuzer für eine sofortige Abreise nach dem Orient bereit halten soll. Ebenso soll eine Torpedo- und U-Bootsflotille nach dem Orient entsandt werden. Die englische Garnison von Mossul wurde bedeutend verstärkt, besonders durch große Flugzeugparks.

Zum Steuerschwindel der Kohlenbarone hat die Kommunistische Fraktion im Thüringer Landtag eine Anfrage eingebracht, die dahingeht, ob die Regierung von Thüringen bereit ist, beim Reiche Beschwerde zu erheben über derartige Unterstützungen der kapitalistischen Profitjäger. Es wird dann noch weiter gefragt, ob die sozialdemokratischen Regierungen etwa auch den thüringischen Grubenbesitzern die von ihnen eingezogenen Kohlensteuerbeiträge gestundet hat.

Warum England gegen die Ruhrbesetzung nicht protestiert. Der Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet aus den nordenglischen Kohlengebieten: „Die Exportlage kann am besten an dem Umstand gemessen werden, daß die gebrauchte Schiffstonnage diesen Monat größer war, als in der Vorkriegszeit. Deutsche, französische und belgische Bestellungen überstürzen sich."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0002

An die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaften Frankreichs

Der Parteitag der KPD. in Leipzig beschloß folgende Kundgebung:

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands spricht der Kommunistischen Partei und den revolutionären Gewerkschaften Frankreichs seine tiefste Befriedigung und Anerkennung aus. Sie haben der Trikolore, die nicht mehr der Revolution voranweht, sondern den Profit- und Machthunger der imperialistischen Bourgeoisie deckt, das leuchtende Banner der Kommunistischen Internationale entgegengestellt, das Sinnbild revolutionärer Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Der Parteitag begrüßt es freudig, daß sich die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaften im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Bourgeoisie zusammengefunden haben. Führer und Massen der revolutionären Vorhut des französischen Proletariats haben sich der geschichtlichen Aufgabe der Stunde würdig erwiesen. Das Klirren des Säbels, den Poincaré an der Ruhr herausfordernd schwingt; das Geschrei nationalistisch verwirrter und verhetzter Massen: „Nach Berlin! Nach Berlin!" übertönt ihre stolze Forderung: „Die Hände weg vom Ruhrgebiet!" Nieder mit dem Versailler Raub- und Schmachvertrag! Kein imperialistischer Raubkrieg!

Hervorragende Führer der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften sind für ihr Tatbekenntnis zur proletarischen Solidarität und wegen ihrer Treue für die Arbeiterklasse Deutschlands, ihre feste Bundesbrüderschaft mit deren revolutionärer Vorhut erhobenen Hauptes und freudig in die Gefängnisse der französischen Bourgeoisierepublik gegangen. Wachsende Massen des schaffenden Volkes, den kommunistischen und revolutionären Losungen und Beispielen folgend, werfen sich der chauvinistischen Sturzflut entgegen, trotzen Millerands Spähern und Schergen, seinen politischen und richterlichen Lakaien, den Verleumdungen der Blockpresse, den Beschimpfungen und Mißhandlungen in den Straßen. Alle diese Solidaritätsbekundungen mit dem deutschen Proletariat sind um so gefahrenreicher und ehrenvoller, als die Renaudel, Faure und Jouhaux auch jetzt wieder die Sache des Weltproletariats und des Sozialismus schmählich im Stich gelassen haben. Im Haag haben sie als Führer der reformistischen Internationalen von London, Wien und Amsterdam mit heiligen Eiden gelobt, einen drohenden Krieg durch den Generalstreik zu bannen. Nun aber, da Poincarés Politik der gepanzerten Faust im Dienste imperialistischer Raffgier die Gefahr eines neuen furchtbaren Weltbrandes entfacht hat, haben sie nichts als große Worte und nicht die kleinste, armseligste Tat.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ist stolz auf die Gesinnungsgenossen, die Brüder in Frankreich, die die echten Nachfahren und Erben jener glorreichen, unsterblichen Kommunekämpfer sind, die unter dem Jubel des Pariser werktätigen Volkes die Vendomesäule niederbrachen, das Symbol der bourgeoisen Eroberungskriege, der Verknechtung und Ausbeutung der Völker, der Zerstampfung ihres nationalen Rechts durch die Kapitalistenklasse und ihre Schwertführer. Er grüßt brüderlich die Eingekerkerten und Verfolgten. Er dankt ihnen und allen, die ihres klaren Geistes und ihres kühnen Willens sind, für ihr tapferes Vorstürmen gegen den französischen Imperialismus. Er zeigt den Proletariern Deutschlands und aller kapitalistischen Staaten, daß ihr gefährlichster Feind im eigenen Lande steht.

Der eroberungstolle Imperialismus, der die Welt unter die Kapitalistenklassen verschiedener Staaten und Staatengruppen zur Ausbeutung verteilen will, kann nur überwältigt werden, wenn das Proletariat jedes einzelnen Staates auf heimischem Boden seine Bourgeoisie niederringt. Indem die Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften Poincaré an der Seine schlagen, treffen sie ihn auch an der Ruhr, verstärken sie die Kraft, mit der das deutsche Proletariat die Kohlengewaltigen und Finanzkönige in der deutschen Bourgeoisierepublik niederzuringen vermag.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird den Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie mit höchster Entschlossenheit und Energie auch weiterhin führen. Sie wird die proletarischen Massen zu diesem Kampfe aufrufen und ihnen wegweisend vorangehen. In unzerstörbarer Solidarität mit den Massen des werktätigen Volkes in Frankreich und der ganzen Welt, brüderlich vereinigt mit ihnen, um die Lasten und Kosten des letzten imperialistischen Krieges den Urhebern und Nutznießern dieses weltgeschichtlichen Riesenverbrechens aufzubürden. Brüderlich vereinigt mit ihnen beim Aufbau der kriegsverwüsteten Gebiete als frei Schaffende und nicht als Profitsklaven von Kapitalisten diesseits und jenseits des Rheins, des Aermelmeers und des Ozeans.

Hoch die revolutionären Kämpfer gegen die Hüttenwerksfürsten Frankreichs und die Zechenherren Deutschlands!

Hoch der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr!

Hoch die internationale Einheitsfront des Proletariats zur Niederwerfung der Weltbourgeoisie!

Hoch die Weltrevolution!

Vom Tage

Die tapferen nationalen Jünglinge mit der Schere. Die nationale Hetze geht weiter. Der Bochumer „General-Anzeiger", das Sprachorgan der nationalen Banden, meldet folgende Siegesnachricht:

Entartete Frauenzimmer. Eine große Menschenansammlung entstand gestern abend gegen 7 Uhr auf der Hochstraße. Zwei Frauenzimmer, die sich auf der Straße gezeigt hatten mit uniformierten Ausländern, hatten die Empörung einer großen Volksmenge erweckt. Um sich vor dem „Scherentlub" zu retten, flüchteten sie in ein Geschäftshaus an der Hochstraße, das von der Menge belagert wurde. Von Schutzbeamten wurde der Name der entarteten Weibsbilder festgestellt. Es gelang, sie der Wut der Menge zu entziehen, die so stark angeschwollen war, daß die Straßenbahnwagen nicht mehr durchkamen. Wer sich jetzt gegen Volk und Vaterland vergeht, sei es, wer es sei, der hat den Zorn des erregten Volkes zu gewärtigen.

Die nationalen Horden haben sich nun, nachdem sie durch das Verbot des Singens ihrer „Kampflieder" „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" u. a. Schundzeug „entwaffnet" worden sind, mit Scheren bewaffnet, um so den Abwehrkampf bis zum „Siege" durchzuführen. Aber nicht gegen die Franzosen — sondern gegen die weibliche Bevölkerung Bochums.

Die teutschen Mädchen im Ruhrgebiet. In der „Deutschen Zeitung", dem Organ des Pastors Maurenbrecher, heißt es: „Den deutschen Mädchen im Ruhrgebiet rufen 230 000 Mädchen des „Evangelischen Verbandes für die weibliche Jugend Deutschlands" zu: „Wir vertrauen auf Euch, so schwer Eure Stellung auch oft sein wird. Ihr sollt wissen bei jedem Schritt, jedem Wort, in Eure Hand ist unser aller Ehre, die Ehre der deutschen Mädchen und Frauen gelegt vor aller Welt. Ihr steht für uns ein, und Eure Waffen sind Würde, Reinheit und Kraft. Gott helfe Euch!" — Es wird sich wahrscheinlich herausstellen, daß für die teutschen Mädchen im Ruhrgebiet weniger die Stellung als die Lage eine recht oft sehr schwere sein wird.

Eine Hoteldiebsbande gefaßt. Der Berliner Hotel- und Pensionsdieb Kurt Lenzer ist in Hamburg mit vier Hehlern verhaftet worden. Die Bande hatte Wertsachen im Gesamtwert von 300 Millionen ergaunert. Sie wird nach Berlin transportiert werden.

Der Parteitag an Sowjet-Rußland!

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands sendet die herzlichsten, brüderlichsten Grüße Sowjet-Rußland, seinen heldenhaft für die Verwirklichung des Kommunismus ringenden und opfernden Proletariern, seinen rotgetreuen Bauern. Er spricht Sowjet-Rußland den tiefsten Dank dafür aus, daß es in dieser Stunde höchster Gefahr, wo der französische Imperialismus unter aktivster Mitschuld der Weltbourgeoisie — und namentlich auch der deutschen Bourgeoisie —, die wachsende Möglichkeit eines neuen, furchtbaren Völkermordens heraufbeschwört und die sichere, gesteigerte Ausbeutung und Verknechtung der Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, aller kapitalistischen Staaten, in treuer Solidarität an die Seite der zunächst und am stärksten bedrohten deutschen Arbeiter und damit der Ausgebeuteten allerwärts getreten ist. Der Staat der russischen Proletarier und Bauern, der einzige Arbeiterstaat der Welt, hat eindringlich in aller Form schärfsten Protest erhoben gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als gegen eine brutale Vergewaltigung des Rechts der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung; als gegen eine unerträgliche Steigerung der Auspowerung und des Elendes der werktätigen Massen; als gegen eine verbrecherische Gefährdung des Friedens.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands dankt Sowjet-Rußland für die mit Strömen von Blut und unermeßlichen Opfern unverwischbar in die Geschichte geschriebene große Lehre, daß die Sache der Nation heute die Sache der Arbeiterklasse ist. Bei den Konkurrenzkämpfen um Profit und Macht gefährdet und verrät die Bourgeoisie außen wie innen dauernd das Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Sowjet-Rußland hat bewiesen, daß dieses Recht nur sichergestellt und behauptet werden kann durch die Entfesselung der revolutionären Massenkräfte. Einzig und allein die proletarische Revolution, die den Klassenfeind auf dem heimischen Boden niederwarf, hat in der Roten Armee die Heldenscharen russischer Proletarier und Bauern geschaffen, die an allen Fronten von Polens Grenzen bis Wladiwostok, von Archangelsk bis Sevastopol, die von der Weltbourgeoisie ausgerüsteten und unterhaltenen gegenrevolutionären Heere geschlagen haben. Sowjet-Rußland ist der einzige Staat der Welt, der sein nationales Recht zur selbständigen Gestaltung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ordnung gegen die Bekeffe und Drohungen der Ententeregierungen, der politischen Geschäftsführer der Weltbourgeoisie, stolz gewahrt hat. In steigendem Maße erzwingt sich die Arbeiter- und Bauernrepublik Anerkennung und Macht als Faktor der internationalen Politik. Sie ist heute schon eine Macht, mit der alle kapitalistischen Staaten rechnen müssen.

Indem in Sowjet-Rußland das Proletariat dadurch zur Nation wurde, daß es die Staatsgewalt an sich riß und seine Diktatur aufrichtete, hat auch die innenpolitische Erneuerung eingesetzt, der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau, der auf die höheren gesellschaftlichen Lebensformen des Kommunismus gerichtet ist. Trotz der historisch gegebenen ungeheuerlichsten Schwierigkeiten beginnt die Wirtschaft Sowjet-Rußlands langsam, doch sicher sich zu beleben, zu entwickeln. Soziale Einrichtungen entstehen, die den kostbarsten Schatz eines Volkes schaffen und erhalten sollen: leiblich, geistig und sittlich gesunde, kraftvolle Menschen. Breiteste Massen der Proletarier und Bauern sind auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens freudig am Aufbau. Und wenn noch nicht die letzten siegreichen Schlachten gegen Hunger, Frost und Blöße, gegen Unwissenheit und Rückständigkeit geschlagen sind, so liegt doch die hoffnungsstarke Stimmung eines weltgeschichtlichen Schöpfungsmorgens über Sowjet-Rußland.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands erachtet es für seine Pflicht, in dieser düsteren, unheilschwangeren Stunde die Augen und Gedanken der deutschen Proletarier auf Euch, Ihr Brüder und Schwestern, in Sowjet-Rußland und Euer glorreiches Beispiel zu lenken. In Deutschland hat es das Proletariat geschehen lassen, daß die Bourgeoisie, gedeckt und unterstützt durch verräterische und illusionsbefangene, reformistische Arbeiterführer, die ihren Händen entglittene, politische Macht wieder an sich brachte und ihre Klassenherrschaft befestigte. Es hat es geschehen lassen, daß seine revolutionäre Vorhut niedergeschlagen wurde. Die sich in den proletarischen Massen regenden revolutionären Kräfte wurden ermordet, gestandrechtelt, hinter Kerkermauern begraben, an Händen und Füßen gefesselt, durch Tücke und Gewalt gelähmt.

Das Ergebnis steht zum Greifen deutlich vor den schaffenden Massen Deutschlands. Es ist verkörpert in den französischen Besatzungstruppen an der Ruhr; in der Grubenkontrolle durch französische, belgische und italienische Ingenieure und Techniker; in der Kohlenbeschlagnahme durch französische Generale; in der sicherlich kommenden Kontrolle der Reichsfinanzen; in der näher und näher rückenden Kriegsgefahr. Deutschland ist nicht einmal der Vasall des französischen, des alliierten Imperialismus, es ist dessen zitternder Knecht. Es hört auf, ein staatliches Eigenleben zu führen und sinkt politisch wie wirtschaftlich zur Kolonie des Ententeimperialismus herab. Das Schicksal der vom deutschen und ausländischen Kapitalisten ausgebeuteten Werktätigen ist blutiges, hoffnungsloses Elend. Keine Aussicht auf nationale Erhebung aus Unfreiheit, auf Entrinnen aus dem Abgrund der Nöte. Entwicklung vom Schlechten zum Schlechteren das Zeichen der Verhältnisse; müde Hoffnungslosigkeit und Passivität das Gepräge der Menschen.

Die deutsche Bourgeoisie aber sinnt und trachtet, aus dem Massenverderben und Massensterben, aus dem nationalen Recht und der nationalen Existenz Deutschlands ein gut zinsendes Geschäft zu machen, sei es mit französischen, englischen oder amerikanischen Kapitalisten. Und ihre Stinnes und Krupp haben die Macht im Staat, ob ihre Regierung Bauer, Wirth oder Cuno heißt.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands mahnt angesichts dieser Situation das deutsche Proletariat daran, daß die russischen Arbeiter ihm den einzigen Ausweg aus dem Chaos gezeigt haben, das der Krieg geschaffen hat, und daß in der Versallsperiode des Kapitalismus auch die Kämpfe der Kapitalisten verschiedener Nationalität um Geld und Macht immer verderbenvoller, immer furchtbarer wird. Es ist die proletarische Revolution, es ist die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat, es ist die Aufrichtung einer Diktatur. Aber das russische Proletariat hat mehr getan, als den Ausweg gezeigt. Es hat durch heldenmütigen Kampf und durch nicht weniger heldenmütiges Dulden und Mühen, es hat durch seine innige Verbindung mit der Kommunistischen Partei Rußlands, als seiner Führerin und damit der Führerin der Revolution erfährtet, welch gewaltige Kraft der geschichtlichen Entwicklung, Massenerkenntnis, Massenwillen und Massenkampf unter zielklarer, wegsicherer, führer und opfermütiger Führung ist.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands grüßt Sowjet-Rußland und sein revolutionäres Volk der Arbeit in der festen Ueberzeugung, daß die Solidarität, heute bekundet mit den von Storvionen des deutschen Kapitalismus und des französischen Imperialismus gereinigten Proletariats, morgen unzerreißbare Bundesgenossenschaft sein wird mit einem Deutschland, in dem das kämpfende Proletariat den ersten Schritt getan hat zur Konstituierung als Nation, indem es im härtesten Ringen mit der einheimischen und auswärtigen Bourgeoisie eine Arbeiter-Regierung aufrichtete. Er grüßt Euch, russische Preisfechter der proletarischen Weltrevolution, in der festen Ueberzeugung, daß der Bund zwischen Sowjet-Rußland und einem Arbeiter-Deutschland eine Vorstufe und eine Bürgschaft sein wird der Vereinigten Räterepubliken Europas, der ganzen Welt, die als Tat erstehen werden des vollen Sieges, der Diktatur des Weltproletariats über die Weltbourgeoisie.

Aus der Provinz

Die Orgesch im Land!

Arbeiter, die Augen auf!

Wie uns aus Querfurt mitgeteilt wird, sind im Gasthof zu Reinsdorf seit letzten Freitag etwa 40 Orgeschleute untergebracht, angeblich Studenten aus den neubesetzten Gebieten. Diese Werkzeuge der kapitalistischen Sippe werden von dem Herrn Amtsvorsteher Graf v. d. Schulenburg-Hesler gehegt und gepflegt; mit eigenem Geschirr hat er u. a. anfahren lassen 10 Zentner Weizen, eine Fuhre Stroh (jedenfalls zum Lagern) und eine Fuhre (50 Zentner) Briketts. Außerdem wurden Schafe und Kälber geschlachtet, damit die Orgescheriche in Saus und Braus leben können. Diese betreiben natürlich lebhaft nationalistische Propaganda. So hatten sie bereits am Sonnabend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der sie „gegen die Zerstückelung Deutschland" protestierten. Am Sonntag veranstalteten sie einen Demonstrationsumzug mit schwarzweißroten und Kriegsflaggen. Während des Umzuges wurden die Glocken geläutet. Die Frechheit der Orgeschbrüder ging soweit, daß sie u. a. sogar den Arbeiter-Radfahrerverein zum Umzug eingeladen hatten, der natürlich nicht erschien. Daß die Leute auch reichlich finanziell unterstützt werden, geht daraus hervor, daß einer von ihnen seine Wochenlöhnung in Höhe von 25 000 Mk. zeigte.

Die Arbeiterschaft kann aus dieser Mitteilung ersehen, wie riesengroß die Gefahr ist. Anscheinend handelt es sich um Faszisten, um sogen. „Ruhrvertriebene", die zu einem bestimmten Zwecke sich in Mitteldeutschland festsetzen. Und zwar handelt es sich um nichts weniger, als unter den jüngeren Arbeitern und unter Arbeits- und Oddhaslosen Werbungen vorzunehmen für die Faszistenbanden. Lehnliches wird aus anderen Gegenden Deutschlands berichtet. So teilte unser Genosse Schneider in Hannover in einer dort stattgefundenen öffentlichen Versammlung u. a. mit:

„In Bremen, Hamburg, Magdeburg, Hannover werden die Faszisten unter den Arbeits- und Oddhaslosen. **Geld spielt keine Rolle.** So haben wir in Hannover zurzeit das zweifelhafte Vergnügen, ungefähr 1600 sogenannte „Ruhrvertriebene", denen Noske sogar eine Hindenburgrede hielt, zu beherbergen. Nach unseren Feststellungen handelt es sich größtenteils um Leute aus Mitteldeutschland, die man zuerst durch Berlin, Magdeburg u. a. Städte spazierengeführt hat, um sie dort als Stimmungsfutter zu gebrauchen. Ein anderer Teil dieser Leute ist aus dem Nurgebiet von den Arbeitsnachweisen wieder abgeschoben worden, nachdem man sie zuerst dorthin geschickt hatte, um ihre Not zu mißbrauchen und sie gegen die Besetzung des Ruhrgebiets auszuspielen. Es ist damit offensichtlich, welchen Zweck die Faszisten hiermit verfolgen."

Arbeiter, die Augen auf! Es ist etwas im Gange; wir dürfen uns nicht überrumpeln lassen! Die nationalistische Gefahr ist sehr groß. Um so mehr hat die Arbeiterschaft die Pflicht, ihrerseits alles zu tun, die drohende Gefahr abzuwehren; sie muß geschlossen dagegen auftreten. Die KPD. hat die Gefahr längst erkannt und die VSPD. zur Bildung einer Einheitsfront aufgefordert. Die VSPD. hat im „Vorwärts" abgelehnt. Arbeiter, zieht daraus die Konsequenzen. Sammelt Euch unter dem Banner der KPD. und nehmt den Kampf auf gegen die Reaktion, bevor es zu spät ist.

Grenzenloser Verrat des Landproletariats

In der „Deutschen Tageszeitung" vom 26. Januar, dem Organ der Junker und Großagrarier, erläßt der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, in dem der Vorsitzende des DLV., Georg Schmidt, sitzt, zur Sicherung des Wirtschaftsfriedens und der Produktion folgende gemeinsame Mahnung an die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer:

„Die durch die allem Völkerrecht hohnsprechende Besetzung des Ruhrreviers mit ihren unabsehbaren Folgen geschaffene Lage erfordert gebieterisch ein einmütiges Zusammenstehen des ganzen deutschen Volkes. Innere Kämpfe können wir jetzt weniger denn je vertragen. Nur ein einig zusammen handelndes deutsches Volk kann und wird diese Schicksalsstunde siegreich bestehen. Daher richtet der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen das Ersuchen an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Reiche, alles zu tun, um die Tarifverhandlungen möglichst bald zum Abschluß zu bringen, um das gemeinsame Zusammenarbeiten zu fördern. Es ist das ganz besonders dringend geboten, damit in dieser schweren Zeit des Vaterlandes die Frühjahrsbestellungen, wie überhaupt die landwirtschaftliche Produktion gesichert wird."

Nationale Einheitsfront vom DLV. bis zum Landbund auf Kosten des Landproletariats. Die DLV.-Bureaukraten Arm in Arm mit den Großagrariern, das paßt so recht zur Einheitsfront der VSPD.-Führer mit den Deutschnationalen.

Wirtschaftsfrieden ist die Parole der DLV.-Bureaukratie, während die Landarbeiter im Elend verkommen und die Großbauern und Großgrundbesitzer Millionen und aber Millionen verdienen.

Schamloser und frecher konnten sich diese sogenannten Arbeiterführer als offene Agenten der Großagrarier nicht entlarven, als durch diesen Aufruf. Was schert es diese Verräter, wenn Millionen Landproletarier im Elend verkommen, wenn nur damit ihrer sozialdemokratischen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik gedient ist.

Wie wäre es sonst anders zu verstehen, daß die DLV.-Führer, ohne ihre Mitglieder zu fragen, Tarife abschließen, die geradezu eine Verhöhnung der Landarbeiter bedeuten, wenn es ihnen nicht in erster Linie um die Interessenvertretung der Junker zu tun wäre, wenn ihnen nicht der Wirtschaftsfrieden über alles ginge.

Aus allen Landarbeitergebieten häufen sich die Nachrichten, daß unter den Landarbeitern über die zuletzt abgeschlossenen Tarife eine tiefe Erregung herrscht, eine Erregung, die bereits schon den Grad der völligen Verzweiflung annimmt. Ist doch der DLV. dabei, im Interesse seiner Arbeitsgemeinschaftspolitik die Landarbeiter nicht nur dem Verhungern auszuliefern, sondern auch die letzten von den Landarbeitern schwer errungenen Freiheiten zu verkaufen.

Neue Höchstsätze für Erwerbslosenfürsorge

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 29. Januar 1923 an in Ortsklasse A: 1. für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 720 Mark, b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 500 Mark, c) unter 21 Jahren 250 Mark; 2. für weibliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 550 Mark, b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 330 Mark, c) unter 21 Jahren 200 Mark; 3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 330 Mark, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 250 Mark.

Nun kann das „Fettleben" bei den Arbeitslosen beginnen! 720 Mark Höchstsatz! Dafür gibt es nicht einmal ein Viertel Pfund Wurst! Die Arbeitslosen müssen sich allenthalben rühren und ein Existenzminimum fordern, das zum Leben ausreicht. Mit vorstehenden Sätzen können sie glatt verhungern!

Bitterfeld. Internationales Meeting! Heute abend 8 Uhr findet in Döringe „Konzerthaus" eine internationale Kundgebung statt gegen die Ruhrbesetzung. Es sprechen französische, belgische, tschechische und deutsche Redner. Arbeiter, erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseberg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 147a. — Postscheckkonto Leipzig 197361
Arbeitszeit: Täglich Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Funktionäre. Donnerstag, d. 1. Febr., abends 7 Uhr, in der „Produkt.-Genossenschaft": **Sitzung.** Bericht vom Bezirksparteitag. Ref.: Gen. Oettel

Kommunistische Metallarbeiter. Heute nachmitt. 4½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Fraktionssitzung.**

Kommunist. Eisenbahner. Mittwoch, den 31. Januar, abds. 7 Uhr, in der „Rio aufmerksamkeit": **Sitzung.** Parteibuch legitimiert.

Betriebsvertrauensleute und Funktionäre. Heute von 5 bis 7 Uhr: **Material abholen.**

Frauen-Mitgliederversammlg. Freitagabend 8 Uhr im „Volkspark" im Rauchzimmer. Wichtige Tagesordnung

Distrikt 8. Donnerstag, 1. Februar **Distriktsversammlung.**

Halle-Saalkreis.

Osendorf. Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Dieterhaus": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Heute, Dienstag, 30. Jan., abends 8 Uhr, im „Bahnhofs-Hotel": Oeffentl. Volksversammlung. Ref.: Gen. Eckert, Essen. Thema: Die Ruhrbesetzung und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, 31. Jan., abds. 7 Uhr, im „Preußischen Hof": **Internation. Kundgebung.**

„Drei Könige".
Nur noch 2 Tage das glänz. Programm.
Mittwoch: 359
Ehrenabschiedsabend
:: für Herrn Sill. ::

Alle
Damen u. Herren übergeben
Umpreß-Hüte
für fachmännische Neuanfertigung auf letzte Modeformen der
Hutfabrik
Franz Zenk
Halle (Saale), Kl Berlin 2
Fabrik-Niederlagen:
Leipziger Straße (Ecke Poststr. 1)
Merseburger Straße 161
Große Klausstraße 1 373
— Gegründet 1910. —

Bevor Sie Ihre
Felle 372
verkaufen, holen Sie bei uns die neuesten Preise ein.
P. Sitte & Co.,
Mittelwache 13 u. Glaucha Str. 4.
— Telephon 5475. —

Streng reell, steuerfrei!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte sowie sämtl. Gegenstände in Edelmetall kauft 371
Hugo Lahl, Gr. Ulrichstraße 51.
Eing.: G.-U.-Straße, Hofspiele, hof rechts.

Derbe
Strickwesten
Mt. 8400
im 352
Dauerwäschevertrieb
Kl. Berlin 2,
1 Treppe, Eing. Steinstr.

Felle!
Ziegen,
Hasen,
Katzen,
Kanin,
Iltis,
Marder,
Maulwurf,
Schafwolle *39
kauft, wie mehr als Konkurrenz schreibt.
Schulze & Kühr,
L.-Wucherer-Str. 44, Ecke Reilstr.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Vereine

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark" **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstag, ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Stadth. Weidenpl. Besucht d. Gruppenabende Jed. Dienstag, ab. 7 Uhr, für Gruppe Ro-Do: Wilhelm-Schule (Friedrich I. Mitte: Hom. Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Turnhalle, Am St. Mittwoch i. Zoolog. Saal: Vortrag. Donnerstag, abds. 7½ Uhr, i. Weidenplan: Beisabend.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Zeichen aale der alten Volksschule, Neue Promenade Uebungsstunde.

Prolet. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal „Luder-Berg". Heute, Dienstag, v. 6-7 Uhr, i. „Luder-Berg": **Kindergruppe.** — 8 Uhr, in „Luder-Berg": Diskussionsabend. Donnerstag, ½8 Uhr, in „Luder-Berg": Uebungsstunde der Musikabteilung, u. um 8 Uhr d. Bühne daselbst

Arb.-Samar.-Kol. Halle Jed. Dienstag, in d. Martinsplatz „Kaiserkontett", Zim. 16: **Uebungsstunde u. ärztlicher Beirat.**

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. (Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-V.). Dienstag, d. 30. Jan.: Technische Sitzung beim Gen. Bluer, Schmeidickstr. 21. Mittwoch, 31. Jan., v. 8-9 Uhr Damenübungsstunde. Donnerstag, 1. Febr., von 7-8 Uhr: Schüler- und Jugendübungsstunde. — von 8-9 Uhr: Wasserballspiele: II.—III., Ia—Ib u III.—I. Jugend. Freitag, den 2. Febr., abds. 7½ Uhr, b. Gymnasiast Guttner, Gräfestr. 19: Vorstandssitzung. Sonnabend 3. Febr., abds. 7½ Uhr, i. d. „Stadt.": Genossenschaft: Mitglieder-Versammlung.

Allg. Kraftfahrer-Union (Kyff. Ver. v. Krad.). Jeden Freitag, von ½8 bis ½10 Uhr, im „Volksp.": Kassenstunden.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Jünsportenstraße 15. Mittwoch, 31. Jan., abds. 7 Uhr Musikgruppe beim Gen. Krüger, Ludwigstraße 8 II.

Bestellungen auf die Wochenzeitung

DAS WORT

erbitten wir sofort aufzugeben, damit eine pünktliche Belieferung erfolgen kann. Unsere Trägerinnen, die auswärtigen Filialen, die „Volksbuchhandlung" in Halle, Harz 42/44, wie der Verlag selbst, Lerchenfeldstraße 14 (Fernruf 1045, 1047, 2251), nehmen Bestellungen entgegen. „Das Wort" kostet im Februar 200 Mark. Es sollte niemand versäumen, diese aktuelle Wochenzeitung zu lesen. 345

Kaufe
Alteisen, Altmetalle,
sämtl. Rohprodukte. 365
Adolf Beer, Halle (S.),
Fernruf 2276. Kutschgasse 2, Nähe Alter Markt

Gold-
Bruch
Silberwaren, Zahngebisse, Löffel, Uhren, Ketten, Ringe
kauft Steinweg 25
H. Lichtenstein. 351

Gold, Silber, Platin,
(Bruch)
alte Zahngebisse
kauft
Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I.
31

Gold-,
Silber-, Platin-Bruch,
Uhren, Zahngebisse, Zähne kauft 360
A. Hartmann,
Gr. Steinstr. 47,
am Walhalla
Auswärts erfolgert Umsatzsteuer frei!
Tel. 1193.

Kauft nur
bei den
„Klassenkampf"-Inserenten.

Kaufe zu Tagespreisen:
Lumpen, Knochen, Metalle, sämtliche Rohprodukte
Kläbsch, Burgstraße 14
374

Gold-
Silber-, Platin-Bruch kauft laufend
J. Sender, Zumelier und Goldarbeiter,
G. Ulrichstr. 25, neben Je hs Bunter Bühne. — Telephon 4130. 364

Gold
Silberwaren, Platin-Bruch
Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten kauft
Alfred Meißner, Fachmann für alte Edelmetalle
Ludwig-Wucherer-Str. 19.
Uhr-Reparaturen schnell, billig u. gut.

Modezeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

Ich habe mich als
Rechtsanwalt
niedergelassen und übe meine Praxis vorläufig in meiner Wohnung
Sophienstraße 32
aus. Sprechzeit 2—7 Uhr, nachmittags.
Für Nachweisung eines Bureaus in Gerichtsnähe zahle ich 50000 Mk. bei Abschluß des Mietvertrags. 362
Reinhard Wüst,
Rechtsanwalt.

Gold-Annahmestelle
Königstraße 5, direkt am Leipziger Turm
kauft
Gold-, Silber-, Platin-, Dublee-Bruch (luxussteuerfrei). 357
Laden. P. Fügemann jr. Fernruf 3127.
Sonntag von ½12 bis ½1 Uhr geöffnet.

Am Riebeckplatz.
Nur noch 3 Tage
Der Riesenerfolg
Der Mann mit d. eisernen Maske.
Freitag Neuanfang
Ein wunderbares tränenreiches Werk
Dazu der große Wahnsinns-Detektiv Anton.
Spielt: Die Schuld

Gr. Ulrichstr. 51.
Ab. auswärtig:
Zirkus Grey.
I. u. II. Teil
Außerdem
Harold Lloyd.
Toller Humor

Stadt-Theater
Mittwoch, 361
abends 7½ Uhr
Die Zauberflöte.
Donnerstag
Kater Lampe.

Briefmappen
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Restaurant
Produktiv-Genossenschf.
Halle a. S.,
Lerchenfeldstr. 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- u. Abendtisch

2 Bettstellen preiswert zu verkauf. 358
Gelsdorf 44, W. Mittelstr. 1.

Gold-, Silber, Platinbruch
kauft ständig zu reellen Tagespr.
Emil Poenitsch jr.,
Marktplatz 13
Ecke Talamitt.

Laufend kauft:
Gold-, Silber-, Platinbruch
die alte und solide Firma 368
Hauffe,
Edelmetallhandlg.,
Brüderstr. 9 a.
am Markt.
Luxussteuerfrei.

Schneekönig
ist das anerkannt beste
Seifenpulver
mit 30 % Fettgehalt
in gelben Paketen. *37

Einer geehrten Einwohnerschaft von Halle und Umgebung die Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage mein *38
Rohprodukten-Geschäft
von Grünstraße 29 nach
Röntgenstraße 3
verlege. Ich bitte, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.
M. Meißner, jetzt Röntgenstr. 3, Fernsprecher 2131, Halle-Süd, Nähe Lerchenfeld
Röntgenstr. 3 zahlt man reelle Tagespreise.

Pelikan-Caramelbier
eingebraut aus bestem Malz und Hopfen, nachgesüßt mit ff. Zucker; 354
das beste alkoholarme Getränk.
Ärztlich empfohlen
für Frauen, Kinder, Rekonvaleszenten, Wöchnerinnen, stillende Mütter, sowie allen, denen an der Erhaltung und planmäßigen Aufrichtung der Kräfte gelegen ist.
Ueberall erhältlich.

Luxusst.-uerfreier Verkauf!
GOLD-, Silber-, Platin-Bruch,
Dublee, Brillanten
kauft laufend Holland, nur Schilerhof 10,
vom Markt sichtbar. 363
Von 9 bis 6 Uhr geöffnet. Reelle Bedienung.
Uhrreparaturen werden billig ausgeführt.

Alle Parteischriften
empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Familien-Nachrichten

Allen Verwandten u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Invalide

August Schüle

Sonntag früh 8 Uhr nach längerem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Halle, den 28. Januar 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen
Wtw. Emma Schüle, geb. Brandt
und Kinder.

353 Die Einäscherung findet Donnerstag 1½ Uhr von der kl. Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt

Verband d. Steinsetzer u. Berufsgen. Halle a. d. S.

Es verschied, für uns plötzlich und unerwartet, unser langjähriges Verbandsmitglied, der Kollege

August Schüle, Steinsetzer.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, nachmittags 1½ Uhr, auf dem Gertraudenfriedhofe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
360 Der Vorstand.

Proletar.-Samariter-Kolonne, Halle.

Am 28. Januar verschied unser treues Mitglied **Otto Döscher.**
Ehre sei dem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 2. Februar, nachm. 3½ Uhr, statt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet 355

Am Montag, früh 4 Uhr, ist plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Onkel und Cousin 357

Friedrich Jünemann

im 55. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Einäscherung Donnerstag ½1 Uhr Gertraudenfriedhof (Kranzjungfr.)

Die Beerdigung unseres lieben Sohnes **Richard Bartholomäus** findet Mittwoch, den 31. Januar, nachm. 2½ Uhr, auf dem Gertraudenfriedhofe von der kleinen Kapelle aus statt. 356

Wer sich über die wichtigsten Vorgänge in der internationalen
Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, sowie über Sowjetrußland
ständig genau unterrichten will, der muß die

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

lesen. Diese erscheint **WOCHEN-AUSGABE** in Stärke von 24 Seiten. nunmehr auch in einer Die „Inprekorr" besitzt Korrespondenten in allen Ländern der Erde, die auch zugleich in der internationalen Arbeiterbewegung eine führende Rolle spielen. Aus der Zahl unserer Mitarbeiter heben wir hervor:

Rußland: Lenin, Tschitscherin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Prof. Varga, Bucharin, Losowski Sokolnikow / Frankreich: Marcel Cachin, Dunois, Ker, Treint, Sadoul, Barbusse / Italien: Bordiga, Serrati, Graciadei, Peluso / Tschech.-Slowakei: Smeral, Kreibich Neurath / Balkan: Kolaroff, Kabakctschieff / Japan: Katayama / Indien: Manabendra Nath Roy / Deutschland: Klara Zetkin, August Thalheimer, Heinrich Brandler, Fritz Heckert, Hermann Duncker, Ernst Meyer, Paul Frölich, Willy Münzenberg / Amerika: Marshall, Carr / Mexiko: Fraina / Belgien: Jaquemotte, Van Overstraten / England: Price, Murphy, Bell, Newbold / Jugoslavien: Marcowitsch / Norwegen: Hegum / Holland: Ravensteijn, Wynkop / Schweiz: Bobst, Welti, / Spanien: Gonzales / Süd-Afrika: Bunting

Die regelmäßig erscheinende Wochen-Ausgabe wird durch periodisch wiederkehrende Sondernummern ergänzt. So machen wir schon jetzt auf die binnen kurzem erscheinende und mit reichhaltigem Material ausgestattete Sondernummer:

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 4. Quartal 1922

aufmerksam.

Die monatliche Bezugsgebühr beträgt für Deutschland und Österreich vorläufig 1000 M., Frankreich 4 Fcs., Schweiz 2 Frs., Tschechoslowakei 8 Kc. Bestellungen sind zu richten an: Franz Dahlem, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III.

VERLAG DER INTERNATIONALEN PRESSE-KORRESPONDENZ
BERLIN SW48 / FRIEDRICH-STRASSE 225

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle den 30 Januar 1923.

Gegen die Arbeitsgemeinschaft des ADGB.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Mitten im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt. So jammert der ADGB. und die übrigen Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften in trauter Gemeinschaft mit dem Unternehmertum, den internationalen Blutaussaugern. In Gemeinschaft mit den Unternehmern erlassen die Spitzenorganisationen einen Aufruf, nach dem die Arbeitgeber den Arbeitern den Verdienst einer Arbeitsstunde von Lohn abziehen sollen, um damit den Sieg über das französische und belgische Kapital zu erreichen. Wir rufen den Arbeitern zu:

keinerlei Gemeinschaft mit den Ausbeutern.

In Frieden mit ihren ausländischen Brüdern lebt nur die Arbeiterschaft Deutschlands, während das deutsche Kapital durch seine Sabotage eine fortwährende Kriegsgefahr entfachte und durch seine Orgesch und sonstigen nationalistischen Organisationen eine andauernde Kriegshetze trieb.

Genau so, wie 1914, benehmen sich heute die Spitzenorganisationen, indem sie dem deutschen Kapital Folge leisten und die Grenze zwischen Kapital und Arbeit verwischen.

Wir fordern die Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten auf, sich jedem Lohnabzug auf Grund des Aufrufs der Spitzenorganisationen entschieden zu widersetzen. **Der Lohnabzug ist völlig ungesetzlich und nur geeignet, die Macht des Kapitals zu stärken.**

Weiter fordern wir, in allen Betrieben entschiedenen Protest gegen diese Maßnahmen der Spitzenorganisationen zu erheben. **Die werktätige Bevölkerung hat mit dem Kapital nichts gemein.** Sie kennt nur Solidarität, die Solidarität mit ihren notleidenden Arbeitsbrüdern, die durch den Krieg in Not geraten sind.

Um diese Not zu lindern, fordern wir die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, in allen Betrieben selbst Sammlungen für die notleidende Bevölkerung des besetzten Gebietes vorzunehmen und das Geld an die unterzeichneten Stellen abzuliefern.

Gewerkschaftskartell Halle (Saale). Afa-Ortskartell Halle (Saale).

An unsere Ortsgruppen!

Die im rasenden Tempo steigende Geldentwertung bringt alle Arbeiterorganisationen in eine sehr kritische Lage. In dieser sehr ernsten Situation muß es Aufgabe aller Mitglieder unserer Partei sein, für die zur Erhaltung der Parteiorganisation notwendigen Mittel Sorge zu tragen.

Der Bezirksparteitag hat mit Rücksicht auf obige Tatsache einstimmig beschlossen, daß die Beiträge im Monat einem durchschnittlichen Stundenlohn entsprechen sollen.

In Ausführung dieses Beschlusses ist für den Monat Februar der Wochenbeitrag für die I. Beitragsklasse (gilt für alle Mitglieder mit einem Stundenlohn von mehr als 120 Mk.) auf 100 Mark; für die II. Beitragsklasse (gilt für alle Mitglieder mit einem Stundenlohn unter 120 Mk.) auf 70 Mk. und für die III. Beitragsklasse (gilt für alle Mitglieder ohne Erwerb) auf 25 Mk. festgesetzt worden. Das Eintrittsgeld beträgt 100 Mk.

Die entsprechenden Marken sind zugleich mit einem Rundschreiben an die Vorsitzenden der Ortsgruppen abgesandt.

Wir ersuchen, die Volkskalender, Kongreß-, Parteitags- sowie nicht mehr geltenden Beitragsmarken sofort abzurechnen und übriggebliebene einzusenden.

Bezirksleitung der KPD., Halle-Merseburg.

Mieter! Mieterräte und Mieterorganisationen!

Das Wohnungselend wird immer unerträglicher. Die Mietsteigerungen gehen ins Unermeßliche. Die Mietlasten werden Tag für Tag unerschwinglicher. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt werden immer gefahrvoller. Diese Zustände sind eine Folge der geschwundenen Bautätigkeit für Wohnungen und der Wohnungswirtschaft im Rahmen des heutigen Wirtschaftssystems. Die organisierten Hausbesitzer und die hinter ihnen stehenden Kreise arbeiten mit allen Mitteln an der Aufhebung bzw. an der Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen.

Der Wohnungsmangel wird unter raffinierter Sabotage der geltenden Gesetze zum unerhörten Mietwucher ausgenutzt.

Mieter und Wohnungsuchende bieten in ihrer Notlage ungerechtfertigte Mietpreise in Geld und Naturalien an und leisten damit den Hausbesitzern Vorschub zur weiteren gewinnbringenden Ausbeutung der Mieter. Die Gesetzgebung über Miet- und Wohnrecht ist unzureichend, lückenhaft und gestattet infolge Unklarheiten auf allen Gebieten, Abweichungen und Rechtsbeugungen zum Schaden der Mieter.

Der zentralorganisierte Haus- und Grundbesitz beeinflußt die Behörden, Gerichte, Mieteinigungsämter und die öffentliche Meinung durch Wort und Schrift.

Machtlos steht der einzelne Mieter und die lokalen Mietervereine demgegenüber. Nur ein straforganisierter Mieterverband ist in der Lage, die Gesamtinteressen aller Mieter energisch zu vertreten. **Zusammenschluß ist das Gebot der Stunde.**

Mieter, Siedler und Werkswohnungsinhaber! **Auf zur Abwehr und organisiert Euch!** Mietervereine in Stadt und Land! Schließt Euch der Zentralorganisation der Mitteldeutschen Mietervereine an.

Mitteldeutscher Mieterverband Sitz Halle, Geschäftsstelle Reilstr. 84.

*

In der Generalversammlung des hallischen Mietervereins, die am Freitag im großen Saale des „Volkspark" stattfand, gab der Geschäftsführer, Genosse Langheinrich, einen Jahresbericht. In ausführlicher Weise ging er auf die gesetzlichen Maßnahmen ein, mit denen Regierung und Behörden die Wohnungsnot haben wollen. Die Wohnungsbauabgabe bezeichnete er als eine ungerechtfertigte Belastung der breiten Massen und betonte, daß die durch sie aufgebrachten Mittel das Wohnungselend nicht lindern könnten, weil der Wohnungsmangel riesig groß sei. Dann kam er auf die Mieterorganisation in Halle zu sprechen. Er betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Mieter, um den unverschämten Forderungen der Haus- und Grundbesitzer die geschlossene Macht der Mieterorganisation entgegensetzen zu können. Hätte der hallische Mieterverein nicht bestanden, so würden heute die Mieter noch ganz anders ausgewuchert. Erst jetzt hätten die hallischen Hausbesitzer neue Forderungen gestellt. Erhöhung des Zuschlags für Zinssteigerung von 25 auf 60 Prozent; die laufenden Instandsetzungsarbeiten sollen von 200 auf 400 Prozent, die Verwaltungskosten von 50 auf 1000 Prozent erhöht werden. Weiter forderten sie einen Betriebskostenvorschuß von 1000 Prozent der Grundmiete. Diese Forderungen könnten nur wirksam bekämpft werden, wenn die Mieter sich in einer Organisation fest zusammenschließen.

Nach dem Kassenbericht wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Die vorgeschlagene Liste wurde gewählt. Zum Schluß wurde noch eine Eingabe an den Magistrat einstimmig angenommen, worin dieser gebeten wird, den unberechtigten Forderungen der Hausbesitzer mehr Widerstand als bisher entgegenzusetzen.

Der Kampf um die hallische Polizei

Tagesbericht über die letzten Ereignisse

Der Kampf um die hallische Polizei zwischen dem preußischen Polizeiminister Severing und dem hallischen Magistrat ist vorläufig entschieden; entschieden zugunsten des Stärkeren, des Polizeiministers Severing, der mit dem Rechte des Stärkeren sämtliche polizeilichen Gebäude mit Inventar usw. beschlagnahmte. Im Zeitalter der Demokratie ist diese Methode übrigens keine neue Erscheinung. Wir haben bereits auf den **Poincaré de la ruhr** hingewiesen, der „im Namen der Demokratie" die Kohlenzechen im Ruhrgebiet beschlagnahmen ließ. Der preußische **Poincaré de l'Halle** macht es genau so. Weil die Stadt Halle seine Bedingungen nicht annehmen will, setzt er seine Polizeitruppen in Bewegung, beschlagnahmt städtisches Eigentum diktiert und alles hat zu tuschen. Der Magistrat hat sich also entweder zu fügen, oder aber er setzt den staatlichen Gewaltmitteln die städtischen Gewaltmittel entgegen, er liefert also dem Staate eine regelrechte Schlacht, wie auch die „nationalen Kreise" in Deutschland den **Poincaré de la ruhr** aus dem Ruhrgebiet wieder rausbaren wollen. Die Stadt hat diese Mittel verschmäht und appelliert nun an das „Recht" und hofft, mit dem Rechtsmittel nun den demokratischen preußischen Rechtsstaat zu „besiegen".

Wir müssen uns ausnahmsweise auf den Standpunkt des Magistrats stellen, nicht um diese städtische Polizei mit ihrem gutorganisierten Spitzelapparat zu behalten, sondern weil der Staat der Stadt Bedingungen diktieren will, die die Stadt zu ungeheuren Lasten verpflichten. Wir bekämpfen nach wie vor jede Polizei, die im Dienste der Bourgeoisie steht und nur deren Interessen wahrnimmt und sagen, daß diese Polizei höchst überflüssig ist und werden ihr daher auch nicht einen Pfennig bewilligen. Wir fordern die Bewaffnung der Arbeiterschaft, weil wir dadurch erst Gewähr haben, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden können.

Eine entgegengesetzte Stellung nehmen in dieser Frage die hallischen Sozialdemokraten ein. Das „Volksblättchen" unterstützt natürlich (als „gewaltlose" Demokraten) die Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeiministers Severing und bezeichnet die gewaltsame Besetzung und Beschlagnahme von städtischem Eigentum als einen „notwendigen Akt". Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion rückt in dieser Frage (mit Ausnahme von Heimat-Müller) von der offiziellen Stellungnahme der Partei ab und hat sich noch in der letzten Sitzung hinter den Magistrat gestellt. Das „Volksblättchen" ist also mit der Gewaltpolitik des sozialdemokratischen Polizeiministers einverstanden.

Vorläufig geht der Streit noch weiter. Runge überschwemmt die hallische Presse mit Erklärungen, um das Vorgehen des Staates zu rechtfertigen, obwohl er als die verantwortliche Stelle nicht in Frage kommen kann. — Im Anschluß hieran bringen wir eine Darstellung, die uns der Magistrat zusendet:

„Die Verstaatlichung einer städtischen Polizeiverwaltung setzt voraus, daß der Staat über die erforderlichen Polizeibeamten, Diensträume, Einrichtungs- und Betriebsgegenstände usw. an dem Orte und bereits in dem Zeitpunkte verfügt, wo die Verstaatlichung wirksam werden soll. Die Staatsregierung hat mit dem Magistrat Halle über die Uebernahme von Diensträumen, Inventar usw. niemals verhandelt und hinsichtlich der Polizeibeamten Anfang 1922 zu verhandeln begonnen, diese Verhandlungen aber bis zum September 1922 ruhen lassen. Plötzlich hat der Herr Minister des Innern durch Erlaß vom 15. August 1922, obwohl ihm hier nur die soldatisch organisierte Schutzpolizeimannschaft zur Verfügung stand, der sonstige gesamte Polizeiapparat aber in der Hand der Stadt war, die Verstaatlichung der Polizei angeordnet. Die Ueberleitung des städtischen Polizeiapparates sollte nach den Versicherungen der Vertreter des Herrn Ministers binnen vier Wochen durchgeführt werden und zwar so, daß die Ansprüche der Stadt hinsichtlich ihrer Polizeibeamten und ihres Eigentums in loyalster und weitestgehender Weise berücksichtigt wurden. Der Magistrat hat Anfang September Vorschläge für die Beamten-Uebernahme gemacht. Der Staat hat sie bis Anfang Dezember unbeantwortet gelassen. Auf städtisches Drängen hat er am 5. Dezember die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Stadt hat hierbei neue Vorschläge gemacht und wiederum keine Antwort erhalten. In der Zwischenzeit hat der Staat nur das Verlangen auf Einsicht der Personalakten gestellt. Ihm konnte nicht entsprochen werden, weil die Einsichtnahme nur den Zweck verfolgte, die dem Staate nach Lebensalter, Dienstleistung und Führung, Vorbildung usw. genehmen Beamten auszusondern, die anderen aber der Stadt zu überlassen, während die Stadt die Akten erst dann vorlegen wollte, nachdem eine Einigung über die Grundsätze der Beamten-Uebernahme zustande gekommen wäre. Aus dem gleichen Grunde war auch der Verkehr von staatlichen Beamten in den städtischen Diensträumen nicht zuzulassen. Nach dem Denkmalsattentat vom 1 Januar 1923 hat der Magistrat die Staatsregierung aufgefordert, nunmehr endlich für die Herstellung gesetzmäßiger Polizeizustände in Halle zu sorgen. Hierauf hat der Herr Minister geantwortet, daß er gewillt sei, jetzt ohne Rücksicht auf das Verhalten der Stadt die Verstaatlichung durchzuführen. Bald darauf hat der Herr Oberpräsident als Ministerialkommissar die Verhandlungen betreffend Uebernahme der Beamten wieder aufgenommen.

Die Stadt verlangte, sich auf das Mindestmaß beschränkend, hierfür, daß der Staat von den etwa 300 städtischen Polizeibeamten übernehmen solle zunächst 140, die übrigen in den folgenden Jahren, soweit es die staatlichen Etatsverhältnisse erlauben, ausgenommen sollten sein die über 56 Jahre alten, ferner Beamte, deren Uebernahme aus persönlichen Gründen dem Staate nicht zugemutet werden könne, schließlich solche, die nach Ueberritt sich in den ersten sechs Monaten unwürdig zeigen. Bei einem Streit in den letzten drei Fällen sollte Schiedsrichter der Herr Oberpräsident sein. Die Stadt erbot sich ferner, alle ihre bisherigen Pensionslasten zu behalten. Bei Annahme dieses Angebots hätte die Stadt zu tragen gehabt jährlich: an bisherigen Pensionen 28½ Millionen, Gehälter für über 56 Jahre alte Beamte 20 Millionen, Gehälter für 37 Verwaltungsbeamte und angestellte 85 Millionen, die noch nicht berechenbaren Gehälter der Beamten, die nicht übertreten wollen, ferner der Beamten aus den obigen zwei Fällen und schließlich noch ½ aller fortan dem Staate erwachsenden Polizeikosten und Pensionen sowie voraussichtlich noch eines Kostenteils der Schutzpolizei.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung waren ohne Ausnahme darin einig, daß das städtische Angebot bis zum Aeußersten ging und kaum erträglich war, um so mehr, als bei seiner Annahme alle Dienstgrundstücke, Räume, Betriebs- und Einrichtungsgegenstände, Werte von Hunderten von Millionen, dem Staate zu treuen Händen ohne jede Gewähr einer angemessenen und zeitungslosen Auseinandersetzung ausgehändigt werden sollten. Der Herr Minister hat auch dieses Angebot zurückgewiesen und seinerseits nur Versprechungen ohne die geringste Gewähr geboten. Er hat verlangt, daß sich die Stadt den von ihm diktierten Beamten-Uebernahmebedingungen vom 16. Juni 1921 welche nur die Möglichkeit — nicht Verpflichtung — der Uebernahme einer unbestimmten Anzahl von Beamten nach alleiniger Entscheidung des Ministers vorsehen, unterwirft. Diese Unterwerfung hat der Magistrat, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Staat sich überhaupt nicht mit der Stadt einigen, sondern nur die freiwillige Unterwerfung der Stadt unter sein Diktat herbeiführen wollte, einstimmig, und die Stadtverordnetenversammlung mit allen, gegen eine Stimme abgelehnt. Sie hat ferner dem Magistrat die volle Zustimmung zu seinem Verhalten ausgesprochen, ihn nicht ermächtigt, über sein bisheriges Angebot hinauszugehen, und schließlich ersucht, die Hilfe des preußischen Landtages anzurufen.

Der Staat hat darauf, weil er sich mit der Stadt über den Uebertritt der Beamten nicht einigen konnte, städtisches Eigentum beschlagnahmt, indem er die früheren polizeilichen Diensträume der Stadt besetzte, die Inventarien usw. in Besitz nahm und die Stadt an Entfernung von Gegenständen ihres Eigentums aus diesen Räumen hinderte; er hat sogar den städtischen Gemeindebeamten, welche durch die Verstaatlichung aufgeführt hatten, Polizeibeamten zu sein, befohlen, den dienstlichen Anordnungen des Herrn Polizeipräsidenten Runge Folge zu leisten, also Polizeidienst zu tun. Selbst Gemeindebeamte, die als Bureaubeamte tätig und niemals Polizeibeamte waren, hat er dem Befehle des Herrn Polizeipräsidenten Runge unterstellt und zur Verrichtung staatlichen Polizeidienstes veranlaßt. Das Amtsrecht der Stadt ist hiernach in der gleichen Weise verletzt worden wie das Eigentumsrecht. Wider den Willen der Stadt beschäftigt der Staat Gemeindebeamte mit staatlichen Aufgaben und abgesehen von den Räumen, benutzt und verwendet er die städtischen Inventarien und Materialien (u. a. Schreibpapier, Schreibmaterial, Schreibmaschinen) als wenn er der Eigentümer wäre, und ohne daß eine Feststellung der Bestände unter Zuziehung der aus ihrem Besitz gesetzten Stadt erfolgt wäre.

Umsonst beruft sich der Staat auf die Städte im Westen, die sich seinem Verlangen gefügt hätten. Allerdings haben diese Städte im Vertrauen auf die staatlichen Zusicherungen nachgegeben, nachher oder über ihre Enttäuschung laute Klage geführt. Die Stadt Erfurt hat sich mit einem Hilferuf an den Preußischen Städtetag gewandt. Das Vorgehen, welches der Staat hier einer Stadtgemeinde und ihrem Selbstverwaltungsrecht, ihren Gemeindebeamten und ihrem Eigentumsrecht gegenüber beobachtet hat, findet in der Verwaltungsgeschichte des Preußischen Staates kein Beispiel.

Generalversammlung der Holzarbeiter

Am Sonntag hielten die Holzarbeiter von Halle ihre Generalversammlung im „Volkspark" ab. Den Jahresbericht erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Fiedler. Er führte etwa aus: Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns. Die agitatorische Tätigkeit mußte zurückgestellt werden. Die Verelendung der Kollegen zwang diese, den Kampf ums Dasein in den Vordergrund zu rücken, und so jagte eine Lohnbewegung die andere. Für alle Branchen, die im Holzarbeiterverband vereinigt sind, mußten die Löhne, wenn nicht für noch kürzere Zeit, so doch alle Monate geregelt werden. Die Bürsten- und Möbeltischler waren nicht nur gezwungen, für Lohnerhöhungen den Kampf zu führen, sondern auch zur Erreichung grundsätzlicher Forderungen; z. B. die Anerkennung des Ländertarifes. Alle Kämpfe wurden mit vollem Erfolg für die Kollegen geführt. Die Lohnerhöhungen für die Branchen, die reichstariflich geregelt wurden, vollzogen sich ohne große Differenzen, bis auf die Bürsten- und Pinselindustrie, wo noch immer ein Unternehmer nach den alten Methoden handelt: Darüber bestimme ich! Erfreulicherweise raffen sich jetzt die Kollegen auf und treten dem Arbeitgeber als klassenbewußte Arbeiter entgegen.

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Müller. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen im 4. Quartal 2 319 425,71 Mk., die der Lokalkasse 709 172,50 Mk. Der Mitgliederbestand hat sich wesentlich gehoben und betrug am Schlusse des Jahres 2060. Außer den beiden Angestellten wurden in die Lokalverwaltung gewählt die Kollegen Laberenz, Richter, Kaindorf, Henniger, Deparade, Freiberg und die Kollegin Oehmichen; als Revisoren die Kollegen Thiele, Fredrich und Kasse. Da auch bei der letzten Bewegung sich wieder Kollegen fanden, die den Unternehmern als Arbeitswillige dienten, wurden aus der Organisation ausgeschlossen: Karl Schmidt und Wilhelm Dittrich von der Firma Hense und Richter, Reilstraße, Rich. Katsch von der Firma Hoffmann, Dessauerstraße und Hermann Wagner von der Firma Reinicke & Andag, Klausstraße. Als Kandidaten für den in diesem Jahre in Kassel stattfindenden Verbandstag wurden gewählt: die Kollegen Oskar Fiedler, Paul Richter, Wilh. Fredrich und Alfred Freiberg. Die Wahl findet in der Woche vom 18. bis 24. März statt. Aus einem bestehenden Fond wurden 1500 Mk dem Arbeiter-Samariter-Bund und 1500 Mk. der „Roten Hilfe" überwiesen. Der Lokalbeitrag wurde, bei über 300 Mk. Verbandsbeitrag, auf 35 Mk. und bei über 500 Mk. Verbandsbeitrag auf 50 Mk. festgesetzt.

* **Achtung, Kindergruppe! Am Mittwoch, dem 31. Januar, Zusammenkunft um 5 Uhr im „Jugendheim".**

Aus der Provinz

Neue Kohlenpreiserhöhung

Gleichzeitig mit den Lohnerhöhungen geht eine Erhöhung der Kohlenpreise Hand in Hand. So sind für mitteldeutsche Braunkohle folgende Preiserhöhungen festgesetzt worden: Rohkohle 4706 Mk., Briketts 12 504 Mk. Rheinische Braunkohlen: Rohkohle 3997 Mk., Briketts 13 860 Mk. Diese Preiserhöhungen verstehen sich netto: es kommen also die üblichen Steuern und Abgaben noch hinzu; die neuen Preise treten am 29. Januar in Kraft.

Schkeuditz. Oeffentliche Protestversammlung. Im Saale des „Bahnhofshotels" spricht heute (Dienstag) abend Genosse Eckert aus Essen über die Frage der Ruhrbesetzung. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!

Weißenfels. Kommunistische Verwaltung im Fabrikarbeiterverband. Die letzthin stattgefundene Jahresgeneralversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Weißenfels, wählte folgende Genossen in die Ortsverwaltung: Erster Bevollmächtigter Wilh. Pfordte, zweiter Bevollmächtigter Geschäftsführer Oskar König, (beide KPD.), dritter Bevollmächtigter Edm. Herbicht (parteilos). Revisoren: Otto Fischer, Emil Weber, Kurt Mantel, Rich. Schilling (alle KPD.). Kartelldelegierte: Wilh. Pfordte, Oskar König, Otto Fischer, Emil Weber, Kurt Mantel, Reinh. Bornhake, E. Müller (alle KPD.). Sämtliche Genossen wurden gegen wenige Stimmen gewählt. Es geht also, wie man aus den verschiedensten Meldungen ersieht, lebhaft vorwärts mit der kommunistischen Bewegung. Die Amsterdamer platzen fast vor Wut.

Jugendbewegung

Unterbezirkskurse des Unterbezirks Bitterfeld-Delitzsch.

Am Sonntag, dem 4. Februar, vormittags 9 Uhr, beginnt in Delitzsch („Lindenhof") unser Unterbezirkskursus. Das Programm für den Monat Februar ist folgendes:

4. Februar, Geschichte der Jugendbewegung (Kst. Gen. Schumann).
11. und 18. Februar, Die kapitalistische Wirtschaftsform und die Geschichte des Proletariats (Referent Genosse Sachse).
25. Februar, Historischer Materialismus (Referent Gen. Grade).

Es ist Pflicht, daß auf diesem Kursus alle Gruppen vertreten sind.

Die Unterbezirksleitung Bitterfeld-Delitzsch.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Gummi-Bieder, Mäntel — Schläuche, nur Gr. Steinstraße 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Klerisei

Roman von Nikolaus Leskow

Er wäre überhaupt gar nicht mehr so wie früher: „Er hat mir selber offen eingestanden, wenn er nicht eine solche große Angst vor seiner Frau hätte, so würde er in seiner Zeitung sogar für den lieben Gott eintreten; und dann schimpft er fürchterlich auf die Frau Bizjukina und insonderlich den Herrn Termosjow, der sich anfangs hier sehr gut eingerichtet hatte und ein hohes Gehalt bezog im Geheimdienst, indem er ehrliche Leute auszukundschaften hatte. Aber der böse Feind verführte ihn durch seine Hoffahrt: er fing an falsches Papiergeld in Umlauf zu bringen, und nun sitzt er im Gefängnis." Am meisten aber rühmte Achilla sich dessen, daß er eine Theatervorstellung mit angesehen habe. „Einmal (schrieb er) bin ich mit den Kirchensängern in bürgerlichem Gewande auf die höchste Galerie zur Oper „Das Leben für den Zaren" gegangen und habe nachher von dem schönen Gesang fast die ganze Nacht vor Entzücken weinen müssen. Ein andermal bin ich dann, wiederum als Zivilist verkleidet, hingegangen, den König Achilla selber zu sehen. Aber mit mir hatte er auch nicht die geringste Aehnlichkeit: Es kam ein Komödiant herausstolziert, ganz in Gold gepanzert, und klagte über seine Ferse. Hätte man mir solch eine Montur angezogen, ich hätte es viel dröhnender gemacht. Das andere Spiel aber ist ganz heidnisch mit einer Offenheit bis hierher und auf einen Pfiffer oder eingeschlafenen Mann wirkt das äußerst beunruhigend."

Und dann kam endlich noch ein dritter Brief, in dem Achilla meldete, er käme jetzt bald zurück, und an einem trüben Herbsttag erschien er plötzlich bei Tuberozow, strahlend, als brächte er eine Freudenbotschaft.

Sawelij begrüßte ihn und lief sofort auf die Straße, um die Fensterläden zu schließen, weil kein Neugieriger von der Heimkehr des Diakons erfahren sollte.

Ihre Unterredung dauerte sehr lange. Achilla trank in der Zeit einen ganzen Samowar leer, Vater Tuberozow aber füllte seine Tasse immer von neuem und sagte:

„Trink nur, Lieber, trink nur noch", — und wenn Achilla die Tasse geleert hatte, meinte der Probst: „Nun erzähle weiter, Freund, was hast Du noch alles gesehen und erlebt?"

Und Achilla erzählte. Gott weiß, woher er das alles hatte —, Wichtiges und Unwichtiges bunt durcheinander. Was aber den Vater Sawelij am meisten wunderte, waren die vielen seltsamen Worte, die Achilla erbarmungslos in seine Rede mengte, mochten sie passen oder nicht, Ausdrücke, wie er sie vor seiner Petersburger Reise nicht nur nie gebraucht, sondern wohl auch gar nicht gekannt hatte.

So fing er zum Beispiel plötzlich ganz unvermittelt an: „Denk Dir einmal, Vater Sawelij, diese Kumbination . . ." (Das „u" wurde unbarmherzig scharf betont.)

Oder:

„Wie er mir das sagte, da saß ich ihn an und antwortete: „Nein, mein Bester, je vous perdu! Das wäre mir gerade der rechte Türkütütü!"

Mit welch großer Teilnahme Vater Tuberozow auch seinem Diakon zuhörte —, als diese und ähnliche Ausdrücke sich immer häufiger wiederholten, runzelte er die Stirn und rief endlich ungeduldig:

„Was soll das eigentlich? Wo hast Du all diese dummen Redensarten gelernt?"

Aber der begeisterte Achilla war so eifrig dabei, dem Probst alle seine aus der Residenz mitgebrachten Herrlichkeiten zu zeigen, daß er auch vor den tollsten Wortbildungen nicht zurückschreckte.

„Hab' nur keine Furcht, guter Vater Sawelij, solche Worte haben nichts zu sagen — sie sind nicht verboten."

„Wieso nichts zu sagen? Sie klingen häßlich."

„Ist Ihnen sie nur nicht gewohnt. Mir kann man jetzt sagen, was man will. Es ist alles Quatsch mit Sauce."

„Schon wieder!"

„Was denn?"

„Was hast Du da wieder für ein gemeines Wort gebraucht?"

„Quatsch mit Sauce!"

„Pfui!"

„Was ist denn dabei? Alle Literaten gebrauchen es."

„Mögen sie es tun, in der Residenz sind sie eben so feine Herrschaften; da geht's nicht ohne Sauce. Wir einfachen Leute aber haben an dem Quatsch allein schon mehr als genug. Meinst Du nicht?"

„Sehr richtig", sagte Achilla und fügte nach einigem Nachdenken hinzu, er fände eigentlich auch, daß Quatsch ohne Sauce viel besser klinge.

„Denkt einmal", widerlegte er sich selbst, „wenn unsereins einen Quatsch zum Besten gibt, dann lacht alles; aber die Leute geben gleich auch noch eine scharfe Sauce hinzu — zum Beispiel, es gebe keinen Gott oder ähnliche Torheiten, so daß einem angst und bange wird, und nachher gibt's dann allemal Zank und Streit."

„Es muß einem dabei immer angst werden", flüsterte Tuberozow.

„So streng darf man auch nicht sein, Vater Sawelij. Wenn Fels einem beweisen — wo soll man dann hin?"

„Was beweisen? Was redest Du da? Was hat man Dir bewiesen? Daß es keinen Gott gibt?"

„Ja, Vater Sawelij, das hat man mir bewiesen . . ."

„Was faselst Du da, Achilla? Du bist doch ein ehrlicher Kerl und Christ! Bekreuzige Dich! Was hast Du da gesagt?!"

„Was soll man denn machen? Ich bin ja selbst nicht froh. Aber gegen ein Faktum kann man nicht ankämpfen."

„Was für ein Faktum? Was hast Du denn entdeckt?"

„Ach, Vater Sawelij, was soll ich Euch ärgern? Lest Ihr nur Euren Bunian und glaubt in Eurer Einfalt, wie Ihr bisher geglaubt habt."

„Laß Du meinen Bunian in Ruh und kümmere Dich nicht um meine Einfalt. Bedenke nur, wie Du Dich selbst bloßstellst!"

„Was soll man machen? Es ist ein Faktum!" erwiderte Achilla seufzend.

Tuberozow stand erregt auf und verlangte, Achilla solle ihm sofort das Faktum nennen, auf das sich sein Zweifel an der Existenz Gottes gründe.

„Dieses Faktum hüpft auf jedem Menschen herum", antwortete der Diakon und erklärte dann, er meine damit den Floh. Einen Floh könne jeder aus Sägespänen hervorbringen, und also hätte auch die Welt von selbst entstehen können.

Auf dieses naive und offenherzige Geständnis wußte Tuberozow zuerst gar nichts zu erwidern, Achilla aber begann nun, nachdem das Gespräch einmal diese Wendung genommen hatte, seine Petersburger Aufklärungsideen weiter zu entwickeln.

„Wozu arbeitet der Mensch? Um des Essens willen. Er möchte satt sein und seinen Hunger leiden. Wenn wir nicht essen müßten, würden wir überhaupt nichts tun. Man nennt das den Kampf ums Dasein. Ohne den gäb' es gar nichts."

„Nun sieh mal", sagte Tuberozow, „Gott hat das alles gar nicht nötig gehabt und hat doch die Welt geschaffen."

„Das ist mehr", sagte der Diakon, „Gott hat sie geschaffen."

„Wie kannst Du ihn dann aber leugnen?"

„Ich leugne ja gar nicht", antwortete Achilla, „ich sage nur, daß, wenn man vom Faktum ausgeht, so kann, wie der Floh aus Sägespänen, die Welt auch aus sich selbst heraus entstanden sein. Ihr Gott ist, heißt es, der „Sauerstoff". Aber der Teufel mag wissen, was das wieder für ein Stoff ist! Und nun seht einmal: wenn Ihr das wieder von der anderen Seite betrachtet habt, versteh ich gar nichts mehr."

„Wo ist denn Dein Sauerstoff hergekommen?"

„Ich weiß nicht . . . Lassen wir das lieber, Vater Sawelij."

„Nein, das kann ich nicht. Es muß wieder heraus aus Dir. Also sag' einmal: wo hat er seinen Anfang, Dein Sauerstoff?"

„Bei Gott, ich weiß es nicht, Vater Sawelij! Laßt es doch, Liebster!"

„Vielleicht ist dieser Sauerstoff ohne Anfang?"

„Das mag der Teufel wissen! Der soll ihn überhaupt holen!"

„Und er hat auch kein Ende?"

„Vater Sawelij! . . . Was geht uns dieser verfluchte Sauerstoff an? Mag er doch ohne Anfang und ohne Ende sein! Was kümmert's uns?"

„Begreift Du, was das heißt: ohne Anfang und ohne Ende?"

Achilla erwiderte, er begreife es, und fuhr mit lauter Stimme fort:

„Es ist ein Gott, der in der Dreifaltigkeit angebetet wird, der ewig ist, nicht Anfang noch Ende seines Seins hat, sondern immer war, ist und sein wird."

„Amen", sagte Sawelij lächelnd, und immer noch lächelnd stand er auf, faßte freundlich Achillas Hand und sagte:

„Komm, ich will Dir etwas zeigen."

„Gerne", erwiderte der Diakon.

(Fortsetzung folgt.)

Genossen!

Wir stehen Schulter an Schulter, vereint,
Daß keiner den andern verlasse,
Wir haben alle nur einen Feind,
Wir hassen mit gleichem Hasse.
Uns hat die Not zusammengeschweißt,
Wir säen die roten Saaten,
Wir kämpfen mit Fäusten, mit Feuer und Geist:
Wenn's Morgenrot strahlt, wenn's endlich heißt:
„Hinaus! Auf die Barrikaden!"

Deutsche Stimmungsbilder

I.

Stizze aus dem Ruhrrevier

Ein Bergarbeiter aus Hamm bringt folgende Eindrücke aus dem besetzten Gebiet zu Papier:

Damals war ich noch ein Junge, durchtränkt mit echt preußischem Uebermut, und beraushte mich auf Grund nationalistischer Schulerziehung und einer guten Portion Dummhait an den von alt und jung geübten Rache- und Haßgefühlen, die gegen England und in erster Linie gegen Frankreich ausgestoßen wurden. Inzwischen haben die Menschen eine gute Erfahrung hinter sich und manch einer schämt sich noch heute seines unbedachten Nationalrausches, und erkenntnisreich und selbstbewußt reckt er heute seine Glieder und ein Bedauern für die blinden Arbeiter und grimmiger Haß für die bewußten patriotischen Betrüger spiegeln sich in seinen Augen wider.

O, Du kühner stolzer Recke Karl Liebknecht und alle die wenigen, die sich aufbäumten mit ihm gegen den lang vorbereiteten Betrug des Imperialismus, in dieser Stunde erst erkennen wir so recht, was Du gewagt, als Du Deine Stimme erhobst gegen das große Abschlachten unter dem Gebrüll blutgieriger Militaristen und unter dem Gebell eines zum Wahnsinn geführten Volkes.

Verrat in den eigenen Reihen damals und — heute. Genau so beschimpft und verfolgt wie dazumal auch heute.

In den Cafés und Restaurants sitzt das feiste Bürgerpack und jodelt blutrünstige Kriegslieder, in der Voraussetzung, daß dieses Mal im Hinterlande ein größerer Happen abfällt. Vor sechs Wochen noch große „Nie wieder Krieg"-Trompetenstöße, heute — siegreich erobern wir Frankreich schlagen — durch Schiebung verdienen wir dann viel Geld!

Man geht über die Straßen, höhnisch lachen die Monokelträger, „bessere Bürgersöhne", über das Abzeichen der Internationale. Dabei tragen sie, diese „Nationalisten", im Gegensatz zur ärmeren Bevölkerung, prima Buckskin-Anzüge, bestimmt echt englischer Qualität, nebenbei vielleicht noch durch Dollar- oder Frankspekulation von Väterchen verdient und bezahlt. Sie taumeln gewissermaßen über die Straßen, vollgegossen von echten französischen Likörchen oder Sekt, dabei immer echt kerndeutsch. Gewiß, die deutsche Arbeiterschaft ermöglicht doch auch erst ein solch anregendes stimmungsvolles Leben unserer gern französisch-sprechenden Deutschverfechter und Ehrenritter und Retter.

„Da läuft auch so 'n Schreier, so 'n Landesverräter herum, man sollte ihm eins auf die Jacke geben, das gesamte Verbrecherpack ausrotten", so hört man zwischendurch sprechen, oder nennen wir es grunzen. „Den kenne ich, den Juden, den Kommunisten, den müssen wir uns einmal hernehmen. Na, jetzt kommt bald die Zeit, wo Ihr reif seid für den Galgen."

Dann ½stündiger Protestzug, alles auf die Straßen, ich störe mich an diesem albernen Aufpusten nicht und gehe längs dem Trottoir. „Halt," schreit eine Stimme und dann viele, alle, „auch ein Verräter, ah, Bolschewik, Hundsau," so prasseln die Schimpfworte. Ich störe mich daran und gehe weiter, gebe aber zu verstehen, daß ich mit derartigem Nationalzimmel nichts zu tun habe.

Dort werden Lastautos angehalten, seine Personenautos fahren weiter, dort wieder geht ein bekannter Patriot freudestrahlend vorüber, er kennt seine Leute und es klappt vorzüglich. Ein altes Mütterchen, gebeugt von der Armut, einen sogenannten Kartoffelhamstersack tragend, noch mehr schleppend, sie muß einhalten, es ist doch Streik. Warum auch nicht, sie streikt vielleicht so oft, wenn ihr Magen knurrt und nichts zu essen hat. Immer mittun. Vielleicht war ihr Einzigster damals auch dabei und hat sich geopfert. Wofür? Auf, nur nicht denken.

Das Straßengetümmel gleicht den Vorgängen von 1914. Spione — Verräter wittert man auch heute überall, als ginge es wieder auf die Jagd nach Goldautos. Inzwischen aber füllt die Mark, und die Herren Devisenschieber, damals Heereslieferanten, können getrost weiter von der Not des Volkes reden, von der Schuld Frankreichs, und dann abends wieder bei Wein, Weib und Gesang, o Deutschland hoch in Ehren, — — wir wollen Dir die Taschen leeren. Die Kinder in den Schulen müssen „vaterländische Lieder" singen und bekommen vom Erbfeind erzählt. In der Kirche die Pfaffen: „Wir müssen uns wehren, die Franzosen wollen die Kirche vernichten."

Das sind keine bloßen Erzählungen — bittere Wahrheiten, Begebenheiten aus den letzten Tagen. Und sie, die Sozialdemokraten, sie lassen es geschehen, ein Teil hilft noch kräftig mit. So erklärte jüngst ein sozialdemokratischer Lehrer (alias Leutnant) öffentlich: „Ja, erst sind wir deutsch und singen auch stolz das Deutschlandlied, und geben gerne mit den Bourgeois, die ebenfalls wie wir sich gegen Poincaré wenden." Ich habe beobachtet, daß ehrliche Sozialdemokraten sich selbst auf falschen Wegen ertappen und nur, wenn man sie anblickt, schon den Kopf senken. Sie merken, daß das, was vorgeht, nicht ihre Angelegenheit ist, noch ducken sie sich und erwarten die Parole kehrt uns — aber von wem? Etwa von Ebert? Bitter ernst die Gefahr, schwül und trübe lastet die Atmosphäre auf allen. Blick nach Rußland — schaut nach Frankreich, wie sie sich, unsere kommunistischen Genossen, bewähren.

Arbeitendes Volk, bewahre Dir einen klaren Blick. Noch ist es Zeit, noch bist Du nicht verloren. Führe nur den Kampf gegen die, die in den Palästen wohnen. L. H., H.

II

Ein Bild aus dem faszistischen Bayern

Wie allgemein bekannt, wurde vom Reichspräsidenten Ebert (!) und vom Stinnes-Reichskanzler Cuno anläßlich der Ruhrbesetzung ein Trauersonntag für das ganze Reich angesetzt. Wie dieser nationalistische Protestsonntag in München gefeiert wurde, zeigen die nachfolgenden Zeilen. Sie stammen nicht aus einer der bösen kommunistischen Zeitungen, sondern sind dem „Vorwärts" vom 24. Januar entnommen!

Die Träger der republikanischen Fahnen, die die grüne Landespolizei mit einem kleinen Teil des Zuges der Funktionäre der freien Gewerkschaften auf dem Odeonsplatz ließ, umstehen ein dort stehendes Denkmal. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins verkündet, auf den Stufen des Denkmals stehend, den Schluß der Demonstration der freien Gewerkschaften gegen den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet und schließt mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Während die Landespolizei den größeren Teil des Zuges der Funktionäre, der durch die plötzliche Unterbrechung seitens der Polizei nicht mehr auf den Odeonsplatz gelangen konnte, plötzlich und ohne jegliche Veranlassung mit dem Bajonett auseinandertrieb, stürzte sich die von der Feldherrnhalle kommende, nach Tausenden zählende Menge der Hakenkreuzler, Monarchisten, Roßbach-Leute und sonstige Radaubrüder unter unglaublichen Schmährufen auf die Republik von der Brienner Straße her auf die von der Landespolizei von der Mehrheit ihrer Genossen abgeschnittene Gruppe der Fahnenträger.

Ein Generalmajor a. D. in Feldegsuniform, den die deutsche Republik mit hoher Pension aushält, ruft, die Hand am Säbel, die mit Knüppeln und Stöcken bewaffnete Menge auf, die „Schandfetzen herunterzureißen und die Schweine zusammenzuschlagen!"

Mit den Rufen: „Roßbach-Leute vor! Auf die Judenknechte!" feuert ein Herr, den Zylinder auf dem Kopf und einen Gummiknüppel in der Hand, die tobsüchtig gewordene Bande zum Angriff an . . .

Ein alter Arbeiter, bar jeglicher Waffe, wird von einer Rotte junger Bürschchen angegriffen, zu Boden geworfen und mit genagelten Stiefeln, Gummiknüppeln und Stahlruten bearbeitet.

Er hatte beim Café „Luitpold" einer „gebildeten Dame", die unter die sich kämpfend zurückziehenden Arbeiter „gemeines, Pack" gerufen hatte, die zweckentsprechende Antwort auf eine derartig gemeine Beschimpfung gegeben.

Nachdem der etwa sechzigjährige, am Boden Liegende schier bis zur Unkenntlichkeit hergerichtet war und versuchte, sich blutüberströmt zu erheben, wurde er neuerdings zu Boden geschlagen. Zwei Polizisten, die in etwa 15 Meter Entfernung den ganzen Vorgang vom Trottoir aus, die Hände in den Manteltaschen, beobachteten, wandten sich nun an die bewaffnete Lausbubengesellschaft und meinten, „nun sei es doch genug"! Selbstverständlich sah die Polizei auch hier keine Veranlassung gegeben, die nach bayrischer Verordnung doch verbotenen Waffen an sich zu nehmen.

Einer der Fahnenträger kommt . . . kommt zu Fall und wird nun von grüner Polizei und dazukommenden Hakenkreuzlern barbarisch mißhandelt.

Grüne Polizisten zerfetzen unter nicht wiederzugebenden Ausdrücken die deutsche Reichsflagge; einige Lausbuben stopfen die Tuchfetzen als billige Trophäen triumphierend in ihre Mantieltaschen.

Ueber den Stachus zieht ein Trupp von etwa sechzig Funktionären; die Fahne inmitten.

Gleich einem Rudel Raubtiere umschwärmen Hunderte von uniformierten Hakenkreuzlern und wie Wilde sich gebärdend, den Trupp. Kommandos ertönen: „Sammeln!" — ein Pfiff und von allen Seiten dringen die „Teutschen" mit Gummiknüppeln, Stöcken, Reitpeitschen und sonstigen Bedarfsartikeln auf die meistens nicht einmal mit einem Spazierstock bewaffneten Beschützer der Reichsflagge ein.

Diese erwehren sich des Ungeziefers mit den Fäusten, so gut es geht, und versuchen, möglichst geschlossen vorwärts zu kommen.

Plötzlich stürzt sich vom Gehteig weg ein Offizier in Friedensuniform auf den Teppich, reißt den Säbel heraus und haut wie verrückt unter die ihres Weges ziehende Truppe. Er hat es vor allem auf den „Saufetzen", die Reichsflagge, abgesehen, und es gelingt ihm auch, unter entsprechender Aufsteng zweier Hakenkreuzlerhausen, den Fahnenschaft abzuschlagen. Ein wohlverdienter Faustschlag eines hühnenhaften Funktionärs hat dem uniformierten Lumpen die Lust und Möglichkeit zu weiteren „Taten" genommen.

III.

Aus einer mitteldeutschen Stadt.

Müde und verdrossen nimmt der Arbeiter seine paar armseligen Pimperlinge in Empfang — Wochenlohn. Kaum für zwei Tage reicht's, wollte er sich mit seiner Familie sattessen. Nicht mehr zu denken an Tabak und Bier.

Die Frau kauft ein. Von Geschäft zu Geschäft läuft sie. Schon wieder alles um das Doppelte gestiegen. Ein Trupp Jünglinge und Jungenichte ziehen vorbei: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" klingt's. Die Frauen ballen die Fäuste. Sie wissen: Die Geschäftsleute wittern Morgenluft, laufen über vor Patriotismus und ändern alle Stunden die Preise, Bourgeoisfrauen kaufen Vorräte ein; es wird alles wieder teurer! Die Arbeiterfrau kann das nicht. — Vor dem Proletenschlachter in der . . . Straße staut sich die Menge. Hier ist das Fleisch ein paar hundert Mark billiger. O, Proletel Wie wirst Du betrogen! Kraft- und saftloses Fleisch, Haut und Knochen; das Tier litt an Auszehrung oder war dem Verenden nahe. Zwei Drittel Knochen, ein Drittel Fleisch. Ein Arbeiter holt 1½ Pfund Suppenfleisch für Sonntag! Die ganze Woche gibt's nichts mehr. Er besehaut sich die Herrlichkeit: Knochen mit Haut. Er zeigt's den Umstehenden, geht wieder in den Laden und wirft es der dicken Metzgersfrau an den Kopf. Großes Geschrei! Schupo im Laufschritt!! Die erhosten Frauen schimpfen. Die Schupo nimmt Partei für den Schlachter: Jedes Tier habe Knochen! Beim Pferdeschlachter Großbetrieb. Auch Pferdefleisch steigt rapide im Preise. Es taucht einem da die Frage auf: wer wagt sich an die Klepper, wenn der Prolet auch diesen seinen Spezialbraten nicht mehr bezahlen kann? Vielleicht die Hunde und Katzen der Reichen! (Vielleicht leben dieselben aber noch besser als wir Proleten und bekommen von ihren Besitzenden noch Rindfleisch usw. in allen Variationen vorgesetzt.)

Vor den Läden diskutierende Gruppen. Schimpfen und Drohen. Was soll man noch kaufen? Ein wirres Durcheinander. Die Wurst 4000 bis 5000 Mk.; das Fleisch nicht zu erschwingen. Für Brot ohne Marken 1080 Mk. Brötchen 40 Mk. Mein Mann arbeitet verkürzt. 10 000 Mk. Vier Kinder, die kein Hemd mehr auf dem Leibe haben. Totschlagen müßte man die Lumpen. So schwirrt es durch die Luft.

Der Feind im Land! ruft die Bourgeoisie und deutet nach dem Ruhrgebiet.

Nein, nicht nur im Ruhrgebiet! Hier, wie überall steht der Feind und hier müssen wir ihn schlagen! Er ist tausendmal schlimmer als der äußere Feind. Er blockiert uns, er hungert uns aus. Deshalb erst der innere Feind, dann der äußere!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230130-17/fragment/page=0006